Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1921

167 (21.7.1921)

Visual Library

No. 167 Karlsruhe, Donnerstag den 21. Juli 1921 41. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelexemplar 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Tagung des Obersten Rates Ende Juli?

TU. London, 21. Juli. Der französische Botschafter in London und Lord Curzon haben gestern nachmittag eine neue Besprechung gehabt. Sie haben beide die Notwendigkeit anerkannt, noch vor Ende diese Monats eine Tagung des Obersten Rates einzuberufen, um die oberschlesische Frage und andere dringende Angelegenheiten zu besprechen. Lord Curzon hat vorgeschlagen, daß die Tagung in Boulogne stattfinden soll. Diese Entscheidung wurde sofort an Briand weitergegeben, dessen Antwort man nun erwartet.

Die englische Antwort auf die franz. Note

TU. Paris, 21. Juli. Der englische Geschäftsträger hat sich gestern nachmittag ins Ministerium des Auswärtigen begeben und hat Briand die Antwort der englischen Regierung überreicht. In ihrer Antwort betont die englische Regierung erneut eine Tagung des Obersten Rates in der Zeit vom 27.—30. Juli stattfinden zu lassen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberschlesien für gefährlich und erklärt, daß jederzeit ernste Unruhen sowohl von polnischer wie von deutscher Seite ausbrechen können und daß diese Unruhen umso gefährlicher sein werden, je länger die jetzige Lage dauert. Die Note weist ferner darauf hin, daß Lloyd Georges und Balfour, die auf dieser Tagung England vertreten sollen, im August abwesend sein werden. Die Tagung des Obersten Rates muß daher vor Ende des Monats stattfinden. Da die Zeit zu kurz bemessen ist, wird es nicht mehr möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, wie die französische Regierung wünscht. Der Oberste Rat muß sich zuerst mit der Frage der Truppenverstärkungen in Oberschlesien befassen und sodann das oberschlesische Problem selbst prüfen. Die Note erklärt schließlich, falls Lloyd Georges durch die irische Frage zurückgehalten werden sollte, werde Lord Curzon zusammen mit Balfour die englische Regierung vertreten.

Die französische Regierung wird sofort, wahrscheinlich heute, auf diese Note antworten und ihren bisherigen Standpunkt entschlossen aufrecht erhalten. Briand glaubt nicht an die Zweckmäßigkeit einer Tagung des Obersten Rates vor Ende nächsten Monats. Er hat keineswegs die Absicht, die Lösung der oberschlesischen Frage zu vertagen, er ist jedoch der Ansicht, daß sich der Oberste Rat gegenwärtig nur mit der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen befassen könnte; andererseits hätte es keinen großen Zweck, lediglich über die Frage der Truppenverstärkungen zu diskutieren, da die Interalliierten in Oppeln, der englische Vertreter inbegriffen, einstimmig die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen proklamiert haben. Um das oberschlesische Problem selbst zu lösen, müssen erst genügende Dokumente für die Diskussion gesammelt werden. Es müssen weiter Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien getroffen werden. Schließlich muß die Frage der Aufteilung des Gebietes von sämtlichen Sachverständigen geprüft werden. Alsdann wird der Oberste Rat in der Lage sein, nützliche Arbeit zu leisten. Die Tagung der Sachverständigen könnte während der Entsendung von Truppenverstärkungen stattfinden und der Oberste Rat könnte Ende August zusammentreten. Was die Entsendung von Truppenverstärkungen betrifft, so sei Frankreich bereit eine Division nach Oberschlesien zu entsenden.

Opposition gegen das Kabinett Lloyd George

Ein Zwischenfall im Unterhaus

WTB. London, 20. Juli. Im Unterhaus wurde von einem Abgeordneten der Regierungspartei ein Zusatzantrag eingebracht und trotz des Widerspruchs der Regierung vom Hause verabschiedet, nachdem er von Asquit unterstützt worden war. Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt gegeben wurde, brach die Opposition in stürmischen Beifall aus, der mehrere Minuten dauerte. Als der Vizepräsident die Beratung eines anderen Antrages beginnen lassen wollte, stellte Maclean die Geschäftsordnungsfrage und wies darauf hin, daß es üblich sei, bei jeder Niederlage der Regierung bei ihr anzufragen, ob sie die Absicht habe, die auf der Tagesordnung stehenden Beratungen fortzusetzen. Chamberlain antwortete darauf: Wir haben die Absicht, die Beratungen fortzusetzen. Darauf riefen die Abgeordneten der Opposition: Zurücktreten!

Die Anhänger der Regierung spendeten Chamberlain Beifall. Es brauchte etliche Zeit, bis die Ruhe wieder eintrat. Zum Schluß machte die Opposition einen vergeblichen Versuch, den Rücktritt der Regierung zu erzwingen. Chamberlain erklärte daraufhin, daß die Niederlage der Regierung ganz bedeutungslos sei angesichts des Gegenstandes der Beratung und daß die Kammer sicherlich nicht die ausgesprochene Absicht gehabt habe, eine Niederlage der Regierung herbeizuführen. Es handelt sich um einen ganz gewöhnlichen Zufall. Immerhin wäre es sehr geboten, fuhr Chamberlain fort, daß sich solche Zufälle nicht allzuhäufig wiederholen.

England und die oberschlesische Frage

WTB. London, 20. Juli. Reuter erfährt, daß heute von Lloyd Harald Stuart Telegramme eingegangen seien, in denen festgestellt wird, daß die allgemeine Meinung des alliierten Kommissars dahingeht, daß jeder weitere Aufschub der Regelung in Oberschlesien eine sehr gefährliche Lage schaffen werde. Die Kommissare drängen auf baldige Entscheidung und regen eine sofortige Teilung zwischen Deutschland und Polen an, sowie die Besetzung der beiden Gebiete durch polnische und deutsche reguläre Truppen. Die Kommissare seien der Ueberzeugung, daß, wenn einmal eine endgültige Entscheidung erreicht sei, das Volk sich beruhigen werde. Lord Curzon übt einen sehr scharfen Druck auf den französischen Botschafter aus. Es sei unmöglich, die gegenwärtige Verzögerung weiter fortzusetzen. Es habe immer geheißen, daß Frankreich nach dem 15. Juli für die Teilnahme an der Konferenz frei sein werde. Es wurde nunmehr vorgeschlagen, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates am oder vor dem 28. Juli in Boulogne stattfinden werde. Der gegenwärtige Augenblick sei günstig, da die oberschlesische Bevölkerung mit der Einbringung der Ernte beschäftigt und das Land vollkommen ruhig sei.

Die Franzosen in Oberschlesien

Berlin, 21. Juli. Blättermeldungen aus Oberschlesien zufolge gehen die französischen Truppen in Ausführung der Verfügung der Interalliierten Kommission über die Heimkehr der Flüchtlinge in rigoroser Weise gegen die aus den unter polnischem Terror stehenden Landgemeinden in die Städte flüchtenden Deutschen vor. In Gleiwitz wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und sämtliche Häuser durchsucht. 64 Personen, die noch nicht in ihre Dörfer zurückgekehrt sind, wurden verhaftet. Ein deutscher Flüchtling, der gezwungen worden war, in seinen Heimatsort Godul (Kreis Rybnik) zurückzukehren, wurde dort von den Polen erschlagen.

Ein Gutachten über die Reparationssumme

WTB. Paris, 20. Juli. „Chicago Tribune" schreibt, internationale Juristen seien zu dem Schluß gekommen, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die gesamte Entschädigung darstelle, die die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber allein von Deutschland, zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt von allen alliierten Juristen geteilt werde, gründe sich auf Artikel 132 des Versailler Vertrags. Die Entscheidung bedeute nicht, daß die Verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen zu zahlenden Beträge Deutschland zu erlassen seien. Auch die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nicht bestimmt. Es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrages handeln.

Annexion des Saargebietes durch die Franzosen

Frankreichs Hauptmittel, um sich das Saargebiet einzuverleiben, ist die Ueberfremdung der Saarindustrie. Der Einfluß des französischen Kapitals wächst dort in bedrohlicher Weise. Ferner versucht Frankreich, die Saarindustrie durch Vergebung großer französischer Staatsaufträge gänzlich an die westliche Orientierung zu gewöhnen. Diese von politischer Hinterabsicht betriebene Wirtschaft ist nun soweit gegangen, daß die französischen Industriekreise in lebhafte Beunruhigung über die unerwünschte Konkurrenz geraten sind und energisch gegen die Saareinfuhr protestieren. — Hier zeigt sich der Saarindustrie deutlich, was ihrer harrt, wenn die politischen Absichten Frankreichs glücken sollten. Die französische Industrie würde fernerhin, ungehemmt durch Staatsrücksichten, die Saarindustrie auf das grausamste niederkonkurrieren.

Im „Journal Officiel" Nr. 121 findet man, was das französische Kammermitglied Ferry über Frankreichs Grubenpolitik im Saargebiet zu sagen hat. Doppelte Aufgabe, eine wirtschaftliche und eine politische: 1. möglichst hohe Produktion herauswirtschaften, 2. die völlige „Rückkehr" des ganzen Saargebiets an Frankreich vorbereiten.

„Die völlige Wiedergewinnung des Saargebietes, das im Jahr 1815 dem besiegten Frankreich entrissen wurde, ist uns versagt worden. Die Geographie, die geschichtlichen Rechte und selbst der Wille der Bevölkerung, der seit der Trennung von 1815 ununterbrochen sich kundgetan hat, sind verkannt und der These des Präsidenten Wilson geopfert worden."

•

Abgesehen von einigen beutegierigen Kapitalisten und dem Schiebergesindel, denkt die Bevölkerung des Saargebietes heute weniger denn je daran, zu Frankreich gehören zu wollen. Die Franzosen an der Saar lügen beinahe ebenso wie die Franzosen in Oberschlesien.

Hetzrede eines französischen Generals

Breslau, 20. Juli. Aus Oppeln wird berichtet, daß General Gratier bei der Beerdigung des französischen Majors Montalgre eine Rede gehalten haben soll, in der er die französischen Soldaten bedauerte, die in Oberschlesien zwischen den rohen Bestien leben müßten, als die er die Deutschen bezeichnete. Der Deutsche sei immer feige und schleichend, wenn er Angst habe, aber brutal und wild, wenn er sicher sei. Er habe einem wilden Mörder die Waffe in die Hand gedrückt.

Die amtliche Untersuchung der Erschießung des Majors hat bekanntlich den Täter nicht ermittelt. Um so verwerflicher sind solche Hetzreden des verantwortlichen Kommandierenden der alliierten Truppen Oberschlesiens.

Choleraepidemie in Rußland

TU. Riga, 20. Juli. Die Cholerafäell in Rußland mehren sich wegen Mangels an sanitären Anlagen und Medikamenten in ganz erschreckendem Maße. Nach der letzten amtlichen Feststellung der Sowjetregierung ergreift die Epidemie bis jetzt verschonte Gebiete und erstreckt sich von Ufa im Osten bis zur Düna im Westen. Besonders stark wütet die Seuche längs der Wolga. Die Zahl der Todesfälle beläuft sich auf 69—90 Proz.

Die Metallarbeiterbewegung in Elsaß-Lothringen

TU. Straßburg, 20. Juli. Die Metallindustriellen fahren fort, die noch im Gang befindlichen Betriebe zu schließen. Bis zur Stunde sind 8000 Arbeiter von der Ausschließung betroffen. — Bei dem Referendum der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes erklärten sich 95,32 Prozent gegen den Lohnabzug, 1,84 Prozent dafür und 2,84 Prozent enthielten sich der Stimmabgabe.

Die Dilettanten am Werke

Im „Figaro" vom 15. Juli veröffenlicht der bekannte Auslandspolitiker Mermeix das Protokoll der Sitzung des Obersten Rates vom 2. Juni 1919, in der über die Frage entschieden werden sollte, ob es bei der ursprünglich beschlossenen Zuteilung Oberschlesiens an Polen bleiben oder ob eine Volksabstimmung vorgenommen werden sollte. Die Diskussion entstand auf Grund des entschiedenen Protestes der deutschen Friedensdelegation, die in ihren Gegenvorschlägen zu dem überreichten Entwurf die Unmöglichkeit der Annahme einer solchen Entscheidung durch Deutschland so klar hatte durchblicken lassen, daß, wie aus dem folgenden Bericht hervorgeht, besonders Lloyd George mit der ihm offenbar recht unangenehmen Aussicht einer endgültigen Ablehnung Deutschlands rechnete, falls es bei der Zuteilung Oberschlesiens an Polen bleiben würde. Hier das Sitzungsprotokoll:

Clemenceau: Was Polen anbetrifft, so gibt es zuerst ein historisches Verbrechen, das wiedergutgemacht werden müsse, aber man müsse auch einen Wall zwischen Deutschland und Rußland bilden. Sie können die Interviews mit Erzberger lesen, in denen er verlangt, daß Polen so schwach wie möglich bleibe, weil es Deutschland von Rußland trenne; er fügt hinzu, daß, wenn einmal Deutschland seine Beziehungen zu Rußland aufgenommen habe, es Frankreich unter viel besseren Bedingungen werde angreifen können als 1914. Ist das das, was Sie wollen? Wenn Deutschland Rußland beherrscht, so bedeutet das, daß unsere Toten umsonst gefallen sind. Das ist für den Augenblick alles, was ich dazu sagen will.

Wilson: Ein Plebiszit in Oberschlesien erscheint mir schwierig; es wird unerläßlich sein, zuerst die deutschen Beamten auszuweisen.

Lloyd George: Meinen Sie die kleinen Beamten?

Wilson: Nein, ich denke an die Verwaltungsbeamten.

Clemenceau: Vergessen Sie jedoch nicht, daß es in Deutschland die Zentralbehörde ist, die die Bürgermeister ernennt.

Lloyd George: Ich bin damit einverstanden, daß die hauptsächlichsten deutschen Behörden das Land vor der Abstimmung verlassen müßten.

Wilson: Ja, aber das ist nicht alles: 15 oder 20 deutsche Großkapitalisten beherrschen Oberschlesien.

Clemenceau: Das ist die nackte Wahrheit. Namentlich Henckel v. Donnersmarck.

Wilson: Eine freie und offene Volksabstimmung ist, nach Ansicht meiner Sachverständigen, unmöglich in einem Lande zu erwarten, das seit so lange unter einer Herrschaft steht und das stets in der Sorge von Vergeltungsmaßnahmen leben wird, wenn die Deutschen nicht verschwinden.

Lloyd George: Und doch sind im Jahre 1907 trotz dieser Angst die Polen bei den Wahlen siegreich geblieben. Meine Sachverständigen sehen eine für Polen günstige Volksabstimmung voraus. Sie denken, daß ein solches Plebiszit den Deutschen künftige Einwendungen unmöglich machen wird.

Wilson: Es gibt in Deutschland keine Volksbewegung zugunsten Oberschlesiens (?), es ist eine rein kapitalistische Angelegenheit (!).

Lloyd George: Und doch ist die deutsche Reichsregierung in der Mehrheit sozialdemokratisch, und sie ist es, die Protest erhebt.

Wilson: Ja, aber zugunsten der Kapitalisten (!!). Ich wiederhole, eine freie Abstimmung ist unmöglich.

Lloyd George: Nun, dann werden wir das Gebiet während der Abstimmung besetzen.

Wilson: Dann wird man sagen, daß wir einen militärischen Druck ausgeübt haben.

Clemenceau: So oder so, die Deutschen werden immer protestieren.

Lloyd George: Nichtsdestoweniger wird die Abstimmung stattfinden. Uebrigens wie werden die Deutschen die Industriebevölkerung einschüchtern können, die Widerstandskraft besitzt? Wir haben das in Wales kennen gelernt und wir haben über die großen Besitzer gesiegt.

Wilson: Sie vergleichen hier zwei Sachen, die nicht vergleichbar sind.

Lloyd George: Aber ich sage Ihnen noch einmal, daß die Wahlen für die Polen in dem gesamten Gebiet, das uns jetzt betrifft, günstig ausgefallen sind.

Wilson: Es handelte sich um innerpolitische Wahlen und nicht um ein Plebiszit bezüglich der Nationalität.

Clemenceau: Wir haben nicht versprochen, daß es ein Plebiszit in dieser Gegend geben würde.

Wilson: Kurz und gut, was bieten Sie uns an?

Lloyd George: Dasselbe Vorgehen wie für Ostpreußen.

Wilson: Und wenn die Deutschen sich weigern, der Entscheidung des Völkerbundes Folge zu leisten?

Clemenceau: Sie werden von ihnen Versprechungen verlangen; sie werden versprechen und werden nichts halten. Ist das das, was Sie wollen?

Lloyd George: Ich schließe die Möglichkeit einer militärischen Besetzung der Abstimmungszone nicht aus.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Wilson: Ich wiederhole, daß Deutschland erklären wird, daß man einen Druck ausübt.

Lloyd George: Eine Division wird genügen.

Wilson: Das wird genügen, um uns zu beschuldigen, einen Druck auszuüben.

Lloyd George: Ich will den Frieden. Ich weiß aus guter Quelle, daß die schlesische Frage für Deutschland die wichtigste ist. Ich will lieber eine Division nach Schlesien schicken, als ganze Armeen auf Berlin marschieren lassen.

Clemenceau: Wer sagt Ihnen, daß Sie die Wahl haben werden?

Lloyd George: Und was die Freiheit der Abstimmung anbelangt, so geht das uns an. Wenn Deutschland sich der Anwendung eines für Polen günstig ausgefallenen Plibiszits widersetzt, dann wird die britische Armee mit Begeisterung auf Berlin marschieren. Das ist es, was ich will. Ich habe nötig, das englische Volk auf meiner Seite zu sehen, falls es neue Schwierigkeiten geben sollte.

Wilson: Ihre Absicht ist ausgezeichnet. Aber wenn wir Truppen entsenden, wird man uns des Druckes beschuldigen.

Clemenceau: Ich habe Ihnen allen beiden mit Aufmerksamkeit zugehört. Meine Einwendung ist die folgende: Sie wollen Schwierigkeiten vermeiden und werden schlimmere hervorrufen. Ein Plebiszit? Ausgezeichnet! Aber nicht in Deutschland, wo die Freiheit niemals existiert hat. Die Abstimmung beschließen und auseinandergehen, ohne sich um etwas zu kümmern, wäre sehr schön aber ein Verbrechen gegen die Polen. Bleibt die Besetzung der Abstimmungszone durch uns, dann wird Deutschland sagen, daß ein Druck ausgeübt worden ist. Wissen Sie, was geschehen wird? In sechs Monaten, in einem Jahr werden Sie mitten im Frieden alle Unannehmlichkeiten des Krieges haben, und dann wird zu dieser Zeit die Lage wahrscheinlich noch schwieriger sein, als sie es jetzt ist. Sie sagen, Mr. Lloyd George, daß Sie nicht wünschen, nach Berlin zu gehen. Ich auch nicht. Wenn wir Millionen von Soldaten haben töten lassen, so geschah dies, um unsere Existenz zu retten. Sie sagen, daß Sie die Ansichten Oberschlesiens kennen möchten. Ich antworte Ihnen, daß unter der deutschen Verwaltung Oberschlesien sich nicht frei wird ausdrücken können und daß unter einem Regime interalliierte Militärbesetzung die Deutschen behaupten werden, daß die Abstimmung gefälscht wurde. Sie wollen die Leidenschaften der Rassen mildern und Sie werden sie nur aufpeitschen. Es gibt Fälle, in denen das einfachste und vernünftigste ist, ganz einfach: Nein! zu sagen. Wir haben die Ueberzeugung, einen gerechten Frieden gemacht zu haben. (?) Bleiben wir dabei. Plebiszit und Besetzung, das bedeutet für morgen Streitigkeiten, vielleicht Schlachten — mit einem Wort, genau das Gegenteil dessen, was wir wünschen.

Lloyd George: Aber wenn Sie einen deutschen Widerstand befürchten, wird sich sicher noch vieleher ereignen, wenn es keine Volksabstimmung gibt, und es muß zugegeben werden, daß vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, Deutschland uns gegenüber sich in einer besseren Situation befinden wird.

Wilson: Wir haben in unseren Friedensgrundsätzen erklärt, daß Polen alle unzweifelhaften polnischen Provinzen zufallen würden.

Lloyd George: Aber das ist es gerade: die Deutschen sagen, daß das bei Oberschlesien nicht der Fall ist.

Clemenceau: Wieso denn? Sie wissen doch, daß die deutschen Statistiken selbst zeigen, daß Oberschlesien in großer Mehrheit polnisch ist.

Wilson: Wir müssen zu einem Schluß kommen; man könnte eine Volsabstimmung unter der Kontrolle einer interalliierten Kommission zubilligen; wir würden erklären, daß die Volksabstimmung null und nichtig ist, wenn die Kommission uns berichten würde, daß ein Druck ausgeübt worden sei.

Lloyd George: Ich will einen Konflikt vermeiden. Die Deutschen in Oberschlesien betrachten die Polen als eine minderwertige Bevölkerung, die sie verachten. Die Deutschen unter polnische Souveränität stellen, heißt Unruhen hervorrufen.

Clemenceau: Seien Sie ohne Zweifel: Unruhen werden Sie immer haben, jetzt oder später, mit oder ohne Volksabstimmung.

Lloyd George: Ich bin ganz gegenteiliger Ansicht.

Clemenceau: Die Zukunft wird darüber entscheiden, aber ich bitte Sie, nicht zu vergessen, was ich heute gesagt habe.

*

Der Zweck dieser Veröffentlichung des ultranationalistischen „Figoro" ist offenbar der, Georges Clemenceau als den großen Staatsmann hinzustellen, der alles vorausgesagt habe, was inzwischen eingetroffen sei. Lloyd Georges dagegen soll durch seinen Eigensinn an allem schuld sein.

Das Bild, wie es sich aus diesen protokollarischen Aufzeichnungen in unseren Augen widerspiegelt, ist allerdings ein ganz anderes: wir erblicken darin eine Bestätigung des bereits sattsam bekannt gewordenen Dilettantismus, mit dem das Schicksal von Millionen damals entschieden wurde. Wir sehen einen Clemenceau, der sich mit albernen Witzen über alle ernsten Einwendungen hinwegzusetzen versucht, während Wilson mit kindischem Eigensinn vier- und fünfmal dieselben Argumente wiederholt — Argumente, die gerade im Munde des „Vorkämpfers" des Selbstbestimmungsrechts der Völker geradezu grotesk anmuten —, bis er schließlich nachgibt. Daß er in diesem besonderen Falle nach der guten und vernünftigen Seite nachgegeben hat, schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß er in unzähligen anderen Diskussionen nach der umgekehrten Richtung vor Clemenceau zurückgewichen ist. Indessen zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, von welchen Zufällen, Launen und Eingebungen das Schicksal von Millionen damals abhing. Vielleicht verdanken die Oberschlesier die Gewährung des Plebiszits lediglich dem knurrenden Magen Wilsons, der nach dieser ausgedehnten Debatte endlich „zu einem Schluß kommen" wollte. . . . Relativ am vernünftigsten und sympathischsten erscheint uns noch Lloyd George, wahrscheinlich aber nur, weil er in dieser Frage besser informiert war und weil England an einer Verstümmelung Deutschlands im Osten kein besonderes Interesse hat. Aber auch die Informationen des englischen Ministerpräsidenten waren keineswegs einwandfrei: er weist wiederholt auf das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1907 hin und weiß nicht, daß sich aus den Reichstagswahlen von 1912 wiederum die umgekehrten Schlußfolgerungen ziehen ließen. (Wobei übrigens betont werden muß, daß die Reichstagswahlen, ob 1907 oder 1912, weder nach der einen noch nach der anderen Seite irgend etwas Bestimmtes beweisen.)

Indessen hat Clemenceau mit seinen pessimistischen Prophezeiungen nur deshalb Recht behalten, weil die Interalliierte Kommission oder vielmehr ihre französischen Mitglieder, vor allem General Le Rond, alles getan haben, um die Abstimmung zugunsten von Polen zu fälschen und die englische Politik der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in Oberschlesien nachträglich zu diskreditieren. Der militärische Druck, von dem Wilson immer wieder sprach, ist in der Tat in der schlimmsten Weise zum Nachteil der deutschgesinnten Bevölkerung ausgeübt worden. Und nachdem die Abstimmung trotz alledem eine beträchtliche Mehrheit für Deutschland ergeben hatte, hat Le Rond den Korfanty-Putsch durch Passivität begünstigt. Kurz, Frankreich hat alles getan, um Clemenceaus „Prophezeiungen" zu verwirklichen. Aber die Schuld an allen Verwicklungen in Oberschlesien tragen weder England noch Deutschland, sondern allein die französischen Staatsmänner, Diplomaten und Generäle.

Deuschlands Riesenleistung an die Entente

Ueber die von **Deutschland** in Ausführung des **Zahlungsplanes** geleisteten **Zahlungen** wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht: Die deutsche Regierung hat an die **Reparationskommission** eine **neue Zahlung** im **Betrage von ungefähr 31 Millionen Goldmark** in europäischen Valuten geleistet. Die Zahlung wird zur Amortisation der Reichsschatzwechsel verwendet, die in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes ausgehändigt worden sind. Die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Ausführung des genannten Artikels ist die folgende: Zahlen in **Goldmarkraten** auf drei Monate Ende Mai übergeben: **839 573 000 Barzahlungen,** zur **Vervollständigung** der **Milliarde 160 427 000, Gesamtsumme: 1 000 000 000.** Deutschland hat bis heute für die **Amortisierung** der **Tratten** eine Summe von **114 949 690 Goldmark** gezahlt mit Einschluß der soeben geleisteten Zahlung von **31 Millionen Goldmark,** wodurch die **Gesamtsumme der Barzahlungen** vom **Monat Mai** ab auf **160 247 000 Goldmark + 114 949 690 Goldmark = 275 376 690 Goldmark** gebracht wird. Die obigen Zahlen bleiben eventuell kleinen Veränderungen unterworfen. Außerdem hat die Kriegslastenkommission soeben die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung eine **abermalige Zahlung von zirka 41 Millionen Goldmark** in verschiedenen europäischen Valuten anbietet.

Der französische Sozialistenführer Longuet über die Schuld am Kriege

Jean **Longuet** war von einer belgischen Zeitung beschuldigt worden, in Frankfurt a. M. **allzu deutschfreundlich** gesprochen zu haben. Die französischen Blätter hatten diese Anklage aufgenommen und unterstrichen. Jetzt antwortet **Longuet** im „**Populaire**". Er schreibt: „Ist es wirklich nötig, erst noch zu versichern, daß die lächerliche Phrase von dem „sanften Deutschland" aus dem Gehirn des belgischen Berichterstatters stammt? Soweit von der **Verantwortung** für **den Krieg** die Rede ist, habe ich nur erklärt, daß **Wilhelm II. nicht mehr als Poincare am Kriege die Schuld trage,** und daß er ein **Verbrecher** sei, der durch das Völkergewissen verdammt wird. Aber es gibt **auch andere! Mit den Sozialisten aller Länder weise ich die dumme, unehrliche Fabel von der einseitigen und ausschließlichen Schuld Deutschlands zurück.** Ich habe gesagt, daß das **deutsche Volk genau so wenig wie das französische Volk für die infame Schlächterei mitverantwortlich gemacht werden** könne, und daß ich **Poincare** und **Delcasse** sowie **Iswolski** und **Sasanow** in weitem Maße schuldig finde. Ich habe zwischen unseren französischen Imperialisten und Chauvinisten und denen von jenseits **des** Rheins einen Vergleich gezogen, von dem ich kein Wort **zurücknehme.** Denn was ich darüber gesagt habe, drängt sich jedem unparteiischen und einsichtigen Europäer als Ueberzeugung auf."

Von den Kommunisten

„Es ist erlaubt zu lügen"

Der **Führer der französischen Gewerkschaftskommunisten Monatte** ist ein **gelehriger Schüler Lenins, Sinowjews** und **Radeks.** Als er auf der Bezirkskonferenz der Gewerkschaftsverbände des Departements Nantes-Vienne den Moskauer Standpunkt entwickelte und **Propaganda** für jene **kommunistischen Zellen** zu machen versuchte, die sich seit etwa einem Jahre unter dem Namen C.S.R. (Conseils Syndicaux Revolutionaires, „Revolutionäre Gewerkschaftsräte") in Frankreich gebildet haben wurde ihm entgegengehalten, daß die **Tätigkeit dieser „Zellen"** bisher darin bestanden habe, die **andersdenkenden Führer der C.G.T. mit allen Mitteln, vor allem mit der Waffe der Verleumdung herunterzureißen.** Das bestritt der biedere Monatte, fügte jedoch im gleichen Atem hinzu:

„„Es ist **allerdings in gewissen Fällen** den Mitgliedern der „Revolutionären Gewerkschaftsräte" **erlaubt, zu lügen, wie man eben für eine heilige Sache lügt.**"

Man kann nicht einmal behaupten, daß Monatte mit diesem Bekenntnis aus der Moskauer Schule geplaudert habe, da ja sogar der Herr Oberlehrer **Lenin einst offen die Berechtigung und die Notwendigkeit von Lug, Betrug usw. zur Förderung der kommunistischen Ideen ausgesprochen hat.** Indessen ist die Aeußerung Monattes ein neuer Beweis dafür, daß die **Kommunisten aller Länder** diese allerhöchste Weisung wörtlich befolgen.

Die **Kommunisten** dürfen sich demnach weder wundern noch kränken, wenn wir **jeden** ihrer Führer für einen **gewerbsmäßigen**

Manon Lescaut

Roman von A. F. Prévost

Antoine — Francois Prévost d'Exiles, kurz genannt der Abbé Prévost, lebte von 1697 bis 1763. Er wurde in Paris erzogen, trat in ein Kloster ein, aus dem er jedoch bald entfloh, um Soldat zu werden. Später kehrte er wieder zum Kloster zurück, flüchtete aber ein zweites Mal und wandte sich nach Holland und England. Lebhaft bewegt und merkwürdig wie sein Leben ist auch sein Tod. Er starb 1763 unter dem Seziermesser eines Arztes, der ihn für tot hielt, da er einen Schlaganfall erlitten hatte. Im Jahre 1728 beagnn er die Herausgabe eines Werkes „Denkwürdigkeiten eines Herrn von Stande, der sich von der Welt zurückzog". Diese Art Selbstbiographie enthält die „Geschichte des Chevaliers Desgrieux und der Manon Lescaut", die späterhin als Roman eine Sonderausgabe erlebte. In „Manon Lescaut" haben wir einen echten und rechten Liebesroman vor uns, und zwar zeitlich das erste Werk, das gleichzeitig ein Meisterwerk dieser Art ist, in der es die Franzosen bekanntlich zu hoher Vollkommenheit gebracht haben. So alt der Roman schon ist, so findet er immer noch seine schwärmerischen Verehrer durch die naturwahre, warme, gefühlsinnige Darstellung, die sich von jedem romanhaften Ueberschwang frei hält. Es ist die Darstellung der leidenschaftlichen Liebe eines Chevaliers zu einem niedrig geborenen Mädchen; die Leidenschaft verstrickt die beiden in Schuld, sie geraten in tiefes Elend, aber nichts vermag ihre Liebe auszulöschen, die als Entschuldigung für alle Fehler der Liebenden gelten muß. Mögen die übrigen Werke Prévosts heute wenig Beachtung finden, Manon Lescaut allein wird ihm allezeit seinen ehrenvollen Platz in der Weltliteratur sichern.

*

Erster Teil.

Der Leser muß sich in jene Zeit meines Lebens zurückversetzen, als ich dem Chevalier Desgrieux zum erstenmal begegnete. Es geschah dies sechs Monate vor meiner Abreise nach Spanien. So selten ich mich von meiner Einsamkeit losriß, zuweilen veranlaßte mich doch die Sorge für meine Tochter zu kleinen Ausflügen, die ich so viel als tunlich abkürzte.

Einmal war ich auf dem Rückwege von Rouen, wohin ich ebenfalls in Angelegenheiten meiner Tochter gereist war; es handelte sich um einen Prozeß wegen einiger Besitzungen, die noch von meinen Großeltern herrührten, und auf die ich hier meine Anrechte abgetreten hatte. Ich hatte das erste Nachtlager in Evreux gehalten — und kam am folgenden Tage zur Mittagszeit nach dem fünf bis sechs Meilen entfernten Passy. Zu meiner Verwunderung fand ich bei meiner Ankunft den ganzen kleinen Ort in Aufruhr. Die Einwohner verließen ihre Häuser, um in Masse vor die Tür einer elenden Schenke zu strömen, vor der zwei bedeckte Fuhrwerke hielten. An den noch vorgespannten, vor Anstrengung und Erhitzung dampfenden Pferden ließ sich erkennen, daß diese beiden Wagen eben erst angekommen waren.

Einen Augenblick blieb ich stehen, um nach der Veranlassung der Bewegung zu fragen, konnte aber wenig Aufklärung von dem neugierigen Volk erlangen, das meiner Fragen wenig achtete, aber immer eifriger nach der Schenke zu drängte.

Endlich erschien ein Soldat in der Schenktür, den ich mit der Hand zu mir heranwinkte. Ihn bat ich, mir die Ursache dieses Tumultes zu nennen.

„Ach, es ist nichts Besonderes, mein Herr," lautete seine Antwort, „es sind bloß ein Dutzend Freudenmädchen, die von mir und meinen Kameraden nach Havre geführt werden, wo man sie nach Amerika einschifft. Es gibt ein paar hübsche Dirnen unter ihnen, und das ists, was wahrscheinlich die Aufmerksamkeit dieser guten Bauern erregt."

Nach dieser Mitteilung würde ich meinen Weg fortgesetzt haben, hätte nicht das Geschrei einer alten Frau mich zurückgehalten, welche händeringend aus der Schenke trat und rief, ein solches Verfahren sei eine wahre Grausamkeit und müsse jedermanns Mitleid erwecken.

„Wovon sprechen Sie denn?" fragte ich sie.

„O, gehen Sie hinein, mein Herr," antwortete die Alte, „und sehen Sie, ob dieses Schauspiel nicht fähig ist, einem das Herz zu brechen!"

Neugierde trieb mich von dem Sattel meines Pferdes, das ich meinem Diener zu halten gab. Mit Mühe konnte ich mir einen Weg in die Schenke bahnen — und als ich eingetreten war, erblickte ich in der Tat etwas sehr Ergreifendes.

Unter den je zu sechsen um die Taille zusammengeketteten Mädchen befand sich eines, dessen Gestalt und Mienen so wenig mit seiner Lage im Einklang standen, daß ich es unter anderen Umständen für eine vornehme Dame gehalten hätte. Ihre Niedergeschlagenheit — sogar die Unsauberkeit ihrer Kleidung — waren so wenig imstande, sie häßlich zu machen, daß ihr Anblick mir Mitleid und Achtung einflößte. Dessenungeachtet bemühte sie sich — soweit die Ketten es gestatteten — ihr Antlitz den Blicken der Neugierigen abzukehren. In dieser Bewegung lag eine solche Natürlichkeit, daß sie wirklich von der reinsten Sittsamkeit eingegeben schien.

Da die sechs Wächter dieses unglücklichen Trupps sich in derselben Stube befanden, nahm ich ihren Anführer beiseite und fragte ihn um Aufschluß über das Schicksal dieses schönen Mädchens.

„Wir holten das Mädchen auf Befehl des Polizeipräsidenten aus dem Hospital," begann er, „es scheint nicht, daß sie edler Werke wegen dort zurückgehalten worden war. Während der Reise stellte ich mehrmals einige Fragen an sie, doch verweigert sie hartnäckig jede Antwort. Trotzdem und obwohl ich keinerlei Auftrag erhielt, sie mehr zu schonen als die übrigen, kann ich doch nicht umhin, einige Rücksicht gegen sie zu üben, denn es scheint mir, sie taugt immerhin etwas mehr als ihre Gefährtinnen. Dieser junge Mann aber," fügte der Soldat hinzu, „wird besser imstande sein, Ihnen die Ursache ihres Unglückes zu sagen. Er folgt ihr von Paris aus, und seine Tränen versiegen kaum für einen Augenblick. Es muß ihr Bruder oder ihr Geliebter sein."

Ich wendete mich der Stubenecke zu, in welcher der junge Mann saß. Er schien in tiefes Brüten versunken. Nie sah ich ein sprechenderes Bild des Leidens. Er war sehr einfach gekleidet, doch erkannte man auf den ersten Blick den Mann von Geburt und Erziehung. Ich näherte mich ihm. Als er sich erhob, bemerkte ich in seinem Blicke, in seinen Zügen, in jeder seiner Bewegungen etwas so Vornehmes und Feines, daß ich mich sofort von Wohlwollen für ihn erfüllt sah.

„Lassen Sie sich nicht stören," begann ich mich neben ihn setzend. „Wollen Sie die Güte haben, meine Neugierde zu befriedigen? Meine Neugierde betreffs dieses schönen Geschöpfes, welches durchaus nicht für die Lage geschaffen scheint, in der ich es hier sehe?"

Er antwortete mir freimütig, daß er mir nicht mitteilen könne, wer sie sei, ohne sich selbst zu erkennen zu geben, und daß er triftige Gründe habe, unerkannt bleiben zu wollen.

(Fortsetzung folgt.)

Lügner, jedes ihrer Organe für ein gewerbsmäßiges Lügenblatt erklären. Sie würden sogar darüber stolz sein müssen, denn ihre Sache bezw. ihr Gewerbe ist ja, nicht wahr, „Heilig" . . .

Sie lieben ihn — wie lange?

Stegerwald ist der **Liebling der Deutschnationalen.** Im preußischen Landtag waren sie alle zur Stelle, die **Herren der Rechten,** um **Stegerwald zu stützen** und vor dem sozialdemokratischen Angriff zu schützen. Die Augen strahlten vor Freude, als Stegerwald die Angriffe der Linken mit Lächeln beantwortete. **Graf Westarp** schreibt in der **„Kreuzzeitung"**:

„Herr Stegerwald ist nicht unser Mann; aber er treibt jetzt praktische Politik und läßt sich durch die Drohungen der Sozialdemokratie nicht einschüchtern. Auch berührt der nationale Untertan, in dem er so angenehm von seinen Fraktionskollegen, dem Reichskanzler, absticht, jedes Mal sympathisch. Aus diesem Grunde ist auch die sachlich-freundliche Haltung der Deutschnationalen, die im Reiche in scharfer Opposition liegen, erklärlich. Die **Haltung** des preußischen **Ministerpräsidenten wirkt auch günstig auf die demokratische Partei** ein, die durch die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie unwillkürlich etwas **nach rechts** gedrängt wird."

Hier steht es also klar und deutlich, daß die Deutschnationalen Herrn **Stegerwald** lieben, weil er als **Schrittmacher der Reaktion** wirkt. Herr Stegerwald wehrt sich gegen den Vorwurf, er sei ein Reaktionär. Das Zeugnis des Grafen Westarp sagt jedoch genug. Klar und deutlich sagt der Deutschnationale Führer, die Rechte liebe Stegerwald gerade deswegen, weile er von seinem Fraktionskollegen absteche.

Allein es ist keine ewige Liebe, die die Deutschnationalen für Herrn Stegerwald hegen. Die Liebe wird eines Tages gekündigt werden. **Warum nur?** Graf Westarp schreibt in derselben erwähnten Nummer der „Kreuzzeitung" über Herrn Stegerwald:

„So sehr wir seinen Ausführungen zustimmen, der Gedanke an ein **führendes selbständiges Preußen** kam bei ihm, dem **Süddeutschen,** nicht zum Durchbruch. Ein **Wiedererwachen des preußischen Gedankens** im Westen könnte freilich **nur von solchen Staatsmännern** erreicht werden, **die selbst eine ausgeprägte preußische Staatsgesinnung** haben. Und kann man natürlich schlechterdings nicht von einem Minister verlangen, dessen **Wiege in Bayern** gestanden hat."

Also die Herren auf der Rechten werden ihren **Liebling,** sobald sie irgendwie dazu imstande sind, **zum Teufel jagen.** Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, dann kann er gehen. **Herr Stegerwald wird von der Reaktion lediglich als Steigbügelhalter betrachtet und benutzt, um den Junkern wieder in den Sattel zu helfen.**

Verbot der Berufsverbände für die Reichswehrangehörigen

Die schon seit längerer Zeit angekündigten **Verbote** des **Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten** und des **Deutschen Offiziersbundes** für **Angehörige** der **Reichswehr** sind jetzt ergangen. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes verbiete ich den Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten und zum Deutschen Offiziersbund

Ich halte mich zu diesem Verbote aus **grundsätzlichen** Erwägungen im Interesse von Staat und Wehrmacht verpflichtet, weil ich in der **Art** der Organisation und **Betätigung** dieser Verbände eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhalt der Truppe erblicke, wenn auch den Bünden selbst, wie ich gern anerkennen will, die **Absicht,** disziplinstörend zu wirken, ferngelegen hat.

Um etwaige Härten bei dem Ausscheiden der Soldaten aus den Wohlfahrtseinrichtungen dieser Verbände zu vermeiden, ermächtige ich die Kommandeure und Marinestationschefs, für das Ausscheiden aus den Wohlfahrtseinrichtungen **Uebergangsbestimmungen** zu treffen und ersuche, mir über ihre Anordnungen zum 15. August d. J. Bericht zu erstatten. Der Reichswehrminister: gez. Dr. Geßler"

•

Für den Berufsverband der Soldaten bedeutet dieses Verbot den Todesstoß, denn diese Organisation verlert nicht nur die Mehrheit ihrer Mitglieder, sondern auch jegliche Basis für Betätigung. Dagegen spielen beim Offiziersbund die Reichswehroffiziere zahlenmäßig nur eine geringe Rolle.

Es muß zugestanden werden, daß das Bündewesen in der Reichswehr zu Situationen geführt hat, die nicht als erfreulich bezeichnet werden müssen.

Jugend und Sport

Faustballspiele im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Ergebnisse der Spiele vom Sonntag: Pforzheim — Mühlburg 99 : 95 Punkte, Pforzheim — Ettlingen 103 : 86, Pforzheim — Rußheim 77 : 69, Mühlburg — Rintheim 111 : 91, Rintheim — Grötzingen 126 : 112, Bretten — Rußheim 78 : 87. Somit wäre Pforzheim Bezirksmeister der 7-Klasse. Das Spiel Rintheim — Grötzingen war ein Musterspiel, wie es selten geboten wird.

Am Sonntag, den 24. Juli, wird die Bezirksmeisterschaft der B-Klasse nachm. 2 Uhr in Durlach (Ziegeleiplatz) ausgetragen.

Bezirksmeister der Alt-Herren-Mannschaften ist Untergrombach. K. Fischer, Bezirksspielleiter.

Ein schlechter Dank. Aus Liedolsheim wird uns geschrieben: Vor einigen Wochen fand hier der unterbadische Jugendtag des **Evangelischen Jünglingsbundes** statt. Derselbe wurde durch sportliche Spiele in einem öffentlichen Fest begangen. Auf Ersuchen erhielten sie zur Abhaltung des Festes den **Sportplatz des Arbeitersportkartells** samt Geräten für die geringe Entschädigung von 50 M. Zum **Dank** dafür konnte es sich ein **geistlicher Redner** nicht entgehen lassen, mit **drohender Miene die Republik zu streifen** und man darf mit Recht annehmen, daß man es mit einer reaktionären Bewegung zu tun hat. Als zwei Wochen später das **Sportfest des Arbeiter-Sportkartells** stattfand, hielt es der Vorstand desselben für seine Pflicht, auf diese Treibereien aufmerksam zu machen, indem derselbe die oben bezeichnete Sorte von Geistlichkeit als kapitalistisch und reaktionär bezeichnete. Er forderte auf, die Jugend in das Arbeiter-Sportkartell zu schicken, denn dort wird durch körperliche und geistige Ertüchtigung die Gewähr geboten, das darniederliegende Volk wieder aufzurichten. Das hat nun die Herrschaften so arg verschnupft, daß diese dem Vorstand des Arbeitersportkartells einen Brief schrieben, worin dessen Worte als töricht, taktlos und unwahr bezeichnet und außerdem verlangt wurde, Abbitte zu leisten. Natürlich wird diese Aufforderung erfolglos sein, dazu muß Herr Pfarrer Weiser schon Dümmere suchen. Die Tätigkeit dieses Herrn wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß dieser Herr die Mädchen, die beim Sportfest des Kartells tanzten aus dem Kirchenchor ausgeschlossen hat. Es wäre über die Tätigkeit des Herrn Seelsorgers Weiser noch manches zu sagen, besonders über seine „Förderung" des sozialen Friedens. Aber für heute mag die Erklärung genügen, daß das, was auf dem Sportfest gesagt wurde, auch hiermit nochmals Wort für Wort unterstrichen wird.

50 Jahre dänische Sozialdemokratie

Unser Glückwunsch und Gedanken gilt heute der **Bruderpartei in Dänemark.** Nach ruhm- und kampfreicher Vergangenheit, nach einer starken und lebensvollen Entwicklung kann sie heute mit Stolz und Befriedigung auf den Weg zurückblicken, den sie in den **50 Jahren** ihres Bestehens gegangen ist — ein Weg, der **trotz** Kampf und Anfeindung immer nur aufwärts gegangen. Am 21. Juli sind es 50 Jahre her, seit in **Kopenhagen** die erste Nummer des Wochenblattes **„Der Sozialist"** mit einem Aufruf **„An unsere Brüder, die Arbeiter Dänemarks"** erschien — im Oktober sind es 50 Jahre, seit der **„Internationale Arbeiterverein für Dänemark"** als Abteilung der internationalen Arbeiterassociation, der 1864 errichteten „Ersten Internationale" gegründet wurde. Das ist der Kern der heutigen dänischen Sozialdemokratie, der wir somit heute unsere brüderlichen Glückwünsche zum 50jährigen Jubiläum überbringen können.

Die ersten Jahre der Entwicklung der dänischen Arbeiterbewegung sind eng verknüpft mit dem Namen des Herausgebers jenes sozialdemokratischen Wochenblattes, **Louis Pio.** Obwohl er in jungen Jahren schon einen günstigen und geschätzten Posten in der Verwaltung inne hatte, verzichtete er auf Stellung und Ansehen, um sich ganz der sozialistischen Propaganda zu weihen. Pio ist eine leidenschaftliche, agitatorisch und rednerisch außerordentlich begabte Natur; die damals noch ganz ungeweckte Arbeiterklasse riß sein feuriges Temperament, die Kraft seiner revolutionären Hoffnung mit, aber er hatte auf die Dauer nicht die Fähigkeit des **zähen, opfervollen Ausharrens der stetigen Kleinarbeit, die am Anfang aller sozialdemokratischen Bewegungen steht.** Denn auch Dänemarks herrschende Klassen erkannten die Gefahr, die für ihr Fortbestehen in dem Erwachen der Arbeiterklasse lag. 1874 gelang es, die Internationale Sektion wohl aufzulösen — aber es gelang nicht mehr, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Zwar werden die Führer **Pio** und seine Helfer **Brix** und **Gelef** gefangen gesetzt und gehen außer Landes, aber die Presse und die Fachbewegung der Arbeiter bleiben bestehen und sind die nie zerbrochenen Keime der dänischen Arbeiterbewegung geblieben. Anstelle des mit dem Internationalen Arbeiterverein aufgeflogenen „Sozialisten", der seit 2. April 1872 schon als Tageblatt erschienen war, erscheint sofort darauf der „Sozialdemokraten" als das Blatt der sozialdemokratischen Arbeiter. Seit diesem 10. Mai 1874 ist der „Sozialdemokraten" das führende sozialdemokratische Blatt Dänemarks geblieben; an seine Seite sind nun 14 selbständige Blätter mit 42 Kopfblättern getreten, deren Gesamtauflage 175 000 Exemplare beträgt. Auch in nichtproletarischen Kreisen hat der „Sozialdemokraten", eine vornehm ausgestattete Zeitung mit sehr hohem geistigen und politischen Niveau, in den nunmehr 50 Jahren seines Bestehens eine große Anhängerschaft gewonnen.

Nach dem Zusammenbruch der politischen Organisation im Jahre 1874 übernahmen zunächst die von Anfang an mit der Parteiorganisation eng verbundenen Gewerkschaften die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft. Aus den fachlichen Sektionen der Internationale entstanden die jetzigen Gewerkschaften, daneben wurde vorläufig ein „Demokratischer Arbeiterverein" gegründet, an dessen Stelle 1878 der „Sozialdemokratische Verband" trat; dieser ist heute die Zentralorganisation unserer Bruderpartei für das ganze Land.

Der Verlust Pios und sonstige Sorgen hemmten nur einen Augenblick lang die Arbeiterbewegung. Seit den 80er Jahren aber sind Partei wie Gewerkschaften in ständigem Aufschwung begriffen. Von der großen Bedeutung, die die Sozialdemokratie schon sehr früh im politischen Leben Dänemarks hatte, zeugt der entschlossene **Kampf für Verfassung, Demokratie und Parlamentarismus,** den die Partei an der Seite der Linken in den Jahren 1875 bis 94 gegen den verfassungsbrecherischen Ministerpräsidenten Estrup geführt hat. Schon 1884 kamen die ersten zwei sozialdemokratischen Abgeordneten in die 2. Kammer des Folksting, jetzt sind es 32.

Die **Sozialdemokratie** ist heute die **stärkste Partei** Dänemarks; über 32 Prozent der abgegeben Stimmen, **nahezu viermalhunderttausend** von 1 211 695, entfielen bei den letzten Wahlen auf sie. Ihre Kraft beruht vorzüglich in dreierlei: Einmal hat sie im Laufe ihrer Entwicklung **kaum innere Streitigkeiten** erlebt, wie auch jetzt Dänemark zu den wenigen glücklichen Ländern zählt, in denen außer ein paar winzigen gänzlich unbedeutenden kommunistischen Absplitterungen noch die eine **ungespaltene sozialdemokratische Partei** unbestritten das klassenbewußte Proletariat repräsentiert und ein starkes frisches Leben führt. Die zweite Hauptwurzel der raschen Entwicklung der Arbeiterbewegung ist die **große Anhängerschaft der Partei auf dem Lande.** Die demokratisch gesinnten **Kleinbauern,** wie vor allem die gedrückten **Landarbeiter,** wurden schon früh von der kraftvollen Agitation des Sozialismus ergriffen; schon 1890 kam Harald Jrnsen als Abgeordneter für einen ländlichen Wahlkreis ins Folksthing. Heute stellt die **ländliche Wählerschaft,** deren **geistige Schulung die beste der Welt ist,** neben der hochentwickelten Industriearbeiterschaft von Kopenhagen der Hauptbestandteil der sozialdemokratischen Stimmen. **Daraus läßt sich auch erkennen, daß die phrasenrevolutionäre Agitation keinen Boden in Dänemark findet.** Es herrscht der **zielbewußte Wille, zum Sozialismus zu gelangen** auf dem **Wege der Demokratie.**

Und als Drittes ist als Grundlage der dänischen Partei die **enge Verbundenheit mit den Gewerkschaften** zu nennen. Die **Parteileitung** entsendet **zwei ständige Vertreter** in den **Vorstand des Zentralverbandes der Gewerkschaften** und **umgekehrt. Die meisten Gewerkschafter sind Angehörige der Partei, die auch in ihrer politischen Haltung jederzeit im Einklang mit den Gewerkschaften zu arbeiten bemüht ist.**

Von Dänemark aus ging auch die Anregung zu den sozialdemokratischen Bewegungen in **Schweden,** wo 1874, aus **Norwegen,** wo 1885 die ersten sozialdemokratischen Arbeitervereine gegründet wurden. Das **internationale Zusammenarbeiten** der skandinavischen Sozialdemokratie ist durch ein **„Komitee für skandinavische Zusammenarbeit der Arbeiterbewegung"** besonders eng.

Vor allem **im Kriege** hat dieses Komitee wertvolle Dienste für die Aufrechterhaltung des internationalen Zusammenhalts geleistet. Ebenso wird die deutsche Sozialdemokratie es den dänischen Brüdern nie vergessen, daß ihre großzügige Gastfreundschaft es uns in den schweren Jahren des Sozialistengesetzes ermöglichte, 1883 in Kopenhagen den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie abzuhalten.

Alle Friedensfreunde sind den dänischen Sozialisten zu tiefstem Danke verpflichtet für alle die **Beweise** eines **ernsten Friedens- und Neutralitätswillens,** für die **unschätzbaren Hilfsdienste** an den vom Kriege Betroffenen, die wir im und nach dem Kriege aus dem Nachbarlande im Norden erfahren haben.

Die **Sozialdemokraten** haben uns nicht nur den entschiedensten **Willen zu wohlwollendster Neutralität** bezeugt, sondern seit 1914 immer wieder **Versuche gemacht, der Welt den Frieden wiederzugeben.** So fand am 10. und 1. Oktober 1914 unter Vorsitz ihres Parteivorsitzenden Th. **Stanning** im Beisein des Gewerkschaftsführers **Madsen** und des Redakteurs **Bjørgberg** vom „Sozialdemokraten" eine **skandinavische Sozialistenkonferenz,** am 24. Oktober eine **Internationale Konferenz der neutralen Länder** statt, und die **Kopenhagener Konferenz** vom 15. und 16. Januar 1915, zu der außer den skandinavischen Ländern und **Holland** auch **Italien,** die **Schweiz** und **Amerika** als Gäste geladen waren, versuchte Wege der sozialdemokratischen Friedensvermittlung aufzufinden. Auch später hat sich die dänische Sozialdemokratie immer wieder bereit gefunden, im Sinne des Friedens zu wirken, ja sich sogar bereit gefunden, zu diesem Ziel in die Regierung einzutreten.

Wenn nach dem Kriege die Internationale so schnell wieder auferstehen konnte, so ist das nicht zum wenigsten das Verdienst dieser unermüdlichen Arbeit gewesen, die durch alle Fährnisse des Weltkrieges hindurch die Grundlage einer internationalen Verflechtung und Solidarität der Arbeiterbewegung Europas bewahrt hat. Wir **Deutschen schulden den dänischen Brüdern und Schwestern** außerdem **unauslöschlichen Dank** für die **großzügige** und wahrhaft **brüderliche Kinderhilfe,** mit der der Name des Genossen **Nielsen** immer verknüpft sein wird. Wir wissen auch, daß unsere deutschen Volksgenossen, die in Nordschleswig getrennt worden sind, bei ihnen brüderlich-internationale Gesinnung finden.

Wenn heute der deutsche Delegierte zum dänischen Jubelfeste den Brüdern im Norden die Grüße der deutschen Partei bringt, der der dänischen Bewegung geistig so eng verwandt ist, so sind sie voll Dank für die treue Brüderlichkeit und voll Vertrauen, Hoffnung und Stolz auf den gemeinsamen Weg zum gemeinsamen Ziel des Sozialismus.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe.

Nachstehende Mitgliedschaften des Agitationsbezirks Karlsruhe werden ersucht, umgehend die Abrechnung und Gelder für das verflossene Quartal dem Bezirkskassier, Genosse Hahn in Mannheim, einzusenden: Blankenloch, Hagsfeld, Liedolsheim, Linkenheim, Ettlingenweier, Forchheim, Malsch, Bretten, Gondelsheim, Grünwettersbach, Langensteinbach, Palmbach, Weingarten, B.-Baden, Balg, Haueneberstein, Sandweier, Bietigheim, Hörden, Kuppenheim, Niedrbühl, Obertsrot, Würmersheim, Hörden, Kuppenheim, Niederbühl, Obertsrot, Würmerslingen, Würm, Ittlingen, Ellmendingen, Ersingen, Göbrichen, Niefern, Oeschelbronn, Kronau, Odenheim, Ubstadt, Unteröwisheim, Untergrombach, Oberndorf.

Von Kleinsteinbach und Eutingen ist der Geldbetrag eingegangen, Abrechnung fehlt. — Neben dem Kassier ist der Vorsitzende sowie die Revisoren für rechtzeitige Abrechnung verantwortlich. **Das Parteisekretariat:** Oskar Trinks.

Palmbach, 20. Juli. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr, findet im „Ochsen" eine Mitgliederversamlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Die Genossen und Parteifreunde werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

* **Odenheim,** 20. Juli. Der „Volksfreund" liegt in dem Gasthaus „Zur Blume" und bei Schneidermeister und Gemeinderat Weizemann auf. Besonders die auswärtigen Genossen mögen dies beachten.

Soziale Rundschau

Zur Postassistenten-Debatte im Reichstage

Ein Postbeamter schreibt uns: Nachdem der liberale Reichstagsabgeordnete Morath seine süddeutsche Vortragstour hinter sich hatte, kam er gerade noch rechtzeitig nach Berlin, um dort im Reichstage zu interpellieren und viel, sehr viel darüber zu reden. Reichskanzler Dr. Wirth, der ja im gewesenen Wiederaufbau- und Fachministerkabinett Finanzminister war, machte bei dieser Debatte interessante Ausführungen über die Vorgeschichte der mit Recht bei den unteren Postbeamten verfehmten sogen. Ergänzungsprüfungen. Der sich als besonders hervorragender Beamtenvertreter aufspielende Herr Morath kam bei der Debatte trotz seiner langen Rede etwas unter die Räder, denn er mußte sich sagen lassen, daß er seine Interpellation ein Jahr zu spät eingebracht habe. Vielleicht hat er sie aber auch nicht früher einbringen dürfen, von Stinnespartei wegen aus, in der Herr Morath als mittlerer Beamter jedenfalls keinen allzu großen Einfluß besitzt, denn seine Fraktionsminister haben die Hauptschuld daran, daß die Postassistenten heute die unsinnige Ergänzungsprüfung machen müssen. Dadurch ist aber auch die ganze Hetze der Deutschliberalen gegen die Sozialdemokratie und Reichskanzler Dr. Wirth und Minister Giesberts gebührend gekennzeichnet. Hoffentlich haben diese Vorgänge den mittleren und unteren Postbeamten gezeigt, daß auch die Zentrumsminister Dr. Wirth und Giesberts mit den Liberalen keine vernünftige Beamtenpolitik machen können, so lange die letzteren führend sind. Die sozialistenreine Regierung hat den Postassistenten Unrecht getan, und das läßt sich leider so schnell nicht mehr ändern. Darum muß auch die Losung der Postbeamten bei künftigen Wahlen sein: Sozialdemokratisch wählen, damit keine beamtenfeindlichen „Wiederaufbau"-Kabinette unter liberaler Führung mehr möglich sind!

Gemeindepolitik

Hohenwettersbach, 20. Juli. Am 17. Juli fand hier unter freiem Himmel eine Protestversammlung bezüglich der **Ackerabgabe** des Schillingschen Hofgutes statt. Die Versammlung war von der Mehrzahl der hiesigen Einwohner besucht. Genosse Landtagsabg. Kurz aus Grötzingen hielt das Referat. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in Hohenwettersbach unter freiem Himmel stattgefundene von etwa 130 Personen besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem kläglichen Verhalten des Freiherrn von Schilling inbezug auf käufliche Abtretung von Ackergelände an die Gemeinde Hohenwettersbach. Ebenso bedauert die Versammlung das Verschleppen und Hinausschieben dieser Angelegenheit seit schon zwei Jahren durch die maßgebenden Behörden. Die Versammlung beauftragt erneut den Gemeinderat, sowie auch den Vertreter im Landtag unverzüglich alle erdenkliche Schritte zu unternehmen, damit doch mindestens bis zum Spätjahr 1921 die Abtretung eines Teiles der Güter vom Schillingschen Gutshof an die Gemeinde bewerkstelligt wird. Die Versammelten versprechen nicht zu ruhen, bis ihrer gerechten Forderung den Verhältnissen entsprechend Rechnung getragen wird, sie erwarten baldmöglichst einen weiteren Bericht in dieser Angelegenheit, vonseiten des Gemeinderates, bezw. des Ministeriums.

* **Mannheim**, 20. Juli. In der letzten Bürgerausschußsitzung wurden mehrere Vorlagen zur Linderung der Wohnungsnot verabschiedet. So wurden in Neckarau 3 Bauplätze mit darauf zu erstellenden 20 Wohnungen und einem Gesamtaufwand von 998 000 *M* übernommen. Für die von der Gemeinnützigen Baugesellschaft m. b. H. aufgenommenen Darlehen übernimmt die Stadt die Bürgschaft bis zu 90 Proz. des Gesamtaufwandes. Die zu baulichen Zwecken von der Stadt bereits aufgenommene Anleihe von 2,6 Millionen Mark wurde durch Bewilligung von weiteren 2.64 Millionen Mark erweitert.

* **Mannheim**, 20. Juli. Die Quäkerspeisung der Mannheimer Kinder erfährt vom 29. Juli bis September eine Unterbrechung. Insgesamt werden gegenwärtig 600 Kinder von 2 bis 6 Jahren, 5300 Kinder von 6 bis 14 Jahren und 155 Mütter täglich gespeist. Für die einzelnen Speisungen werden besonders Milchreis, Kakao und Bohnen verwandt.

r. **Lörrach**, 20. Juli. Erstellung einer Stadtrechtsratsstelle. Am vergangenen Montag hatte sich der Bürgerausschuß mit einer Vorlage des Gemeinderats zu befassen, die die Schaffung einer zweiten Bürgermeisterstelle wegen Vermehrung der Gemeindegeschäfte vorsah. Die Debatte ergab jedoch, daß die Mehrheit der Versammlung im gegenwärtigen Zeitpunkt eher der Schaffung einer Stadtrechtsratsstelle zuneigte. Ein entsprechender Antrag fand die Unterstützung des Zentrums und der beiden sozialistischen Parteien und wurde mit Mehrheit angenommen.

Badische Politik

Die Orgesch gegen den badischen Minister des Innern

Durch die Presseabteilung der badischen Regierung wird uns mitgeteilt: In der badischen und außerbadischen deutschnationalen Presse wurden in jüngster Zeit Artikel mit scharfen Angriffen gegen den Minister des Innern gerichtet, der angeblich in die Rechtspflege dadurch eingegriffen haben soll, daß er von einem Staatsanwalt die Verhaftung von von ihm namhaft gemachten Orgeschleuten gefordert habe. Die deutschnationale Fraktion im badischen Landtag hat zu dieser Angelegenheit eine förmliche Anfrage eingereicht, die voraussichtlich in nächster Woche im Landtag zur Beratung kommen wird. Es ist anzunehmen, daß hierbei die Begründer der Anfrage den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen antreten und zu der Forderung der **„Süddeutschen Zeitung"** auf Beseitigung des Innenministers von seinem Amte Stellung nehmen werden. Der Minister des Innern läßt auf die wegen dieser Angriffe verschiedentlich bei ihm eingekommenen Anfragen erklären, daß er erst im Landtag zu der deutschnationalen Anfrage und zu den Presseangriffen der Orgeschleute Stellung nehmen wird.

Die Neckar-Aktiengesellschaft

Die Neckar-A.-G. ist bekanntlich zur Finanzierung des Neckarkanals mit einem Kapital von 300 Millionen Mark vom Reich und den Ländern gegründet worden. Von den auf Württemberg entfallenden 80 Millionen Mark sind rund 50 Millionen von den Körperschaften des Landes aufgebracht. Innerhalb von drei Wochen sind nicht blos diese 50 Millionen von Amtskörperschaften, sondern auch noch weitere 40 Millionen von den Erwerbsständen des Landes gezeichnet worden. Die Beteiligung und die Nachfrage nach der Obligationsanleihe ist sehr stark, besonders auch aus Norddeutschland. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Neckar-A.-G. wird in der nächsten Generalversamlung eine Vermehrung um weitere fünf Mitglieder erfahren, so daß der Aufsichtsrat künftighin aus 47 Mitgliedern besteht. Die Bildung gewisser Ausschüsse innerhalb der Aufsichtsratsmitglieder ist in Aussicht genommen. Gegenüber den im bayerischen Landtag gefallenen Aeußerungen über das Verhältnis der Neckar-Donau- zur Main-Donauverbindung, ist festzustellen, daß die Differenzen zwischen Württemberg und Bayern sich nie darauf bezogen, daß Württemberg etwa verlangt hätte, es sollten die Wasserkräfte der oberen Donau zur Finanzierung der Neckar-Donauverbindung herangezogen werden; vielmehr hat Württemberg nur verlangt, daß auch die obere Donau von Kehlheim bis Ulm vom 1. April ds. Js. ab vom Reich übernommen werden soll.

Die Aenderung der Invalidenversicherung

Unter der Ueberschrift Soziale Reichstagsarbeit behandelt Reichstagsabgeordneter Gustav Hoch die Gesetzentwürfe zur Aenderung der Arbeiterversicherung, die die Regierung dem Reichstag kurz vor der Sommerpause vorgelegt hat. Dem lehrreichen Aufsatz des sachkundigen Verfassers entnehmen wir die trefflichen Ausführungen über die Invalidenversicherung. Genosse Hoch schreibt darüber:

Große Schwierigkeiten standen der **Aenderung der Invalidenversicherung** entgegen. Hier waren die **Ausgaben viel mehr gestiegen als die Einnahmen**, die Kassenverhältnisse wurden so schlecht, daß die **Versicherungsanstalten nicht mehr ihre Ausgaben decken konnten**, und sogar das **Heilverfahren einschränken** mußten.

Diese Notlage kam nicht unerwartet. Jeder Sachverständige sah sie schon seit Jahren, so daß die Regierung längst mit den Vorarbeiten für die notwendigen Verbesserungen begonnen hat. Die Vorlage ging aber dem Reichstag erst am 30. Juni zu, am letzten Tage vor dem Zeitpunkt, mit dem das Gesetz nach einem früher gefaßten Beschluß bereits verkündigt sein sollte.

Obgleich auch unsere Partei anerkannte, daß schleunigst den Versicherungsanstalten mehr Geld beschafft werden muß, ließ sie sich doch das Recht, den Entwurf sachlich zu prüfen, nicht nehmen. In der allgemeinen Invalidenversicherung sind alle Arbeiter ohne Unterschied ihres Arbeitslohnes. Aber die Beiträge und Leistungen sind dadurch beschränkt, daß die Lohnklassen nur bis zu einer bestimmten Lohnhöhe gehen und danach die Beiträge und Leistungen bemessen werden. **Bisher** waren **fünf Lohnklassen** bis zu einem **Jahresarbeitsverdienst** von 1150 *M*. Alle Arbeiter, die mehr verdienten, zahlten Beiträge und erhielten dereinst die Leistungen, als ob sie mit ihrem Verdienst an dieser Grenze wären. Die Beiträge waren in den fünf Lohnklassen ursprünglich von 16 ₰ die Woche bis zu 48 ₰; Ende vorigen Jahres betrugen sie 90 bis 140 ₰; seitdem werden sie doppelt erhoben, so daß 1.80 bis 2.80 *M* die Woche gezahlt werden.

Die Regierungsvorlage schlug **neun Lohnklassen** vor, von denen die erste sich bis zum Jahreseinkommen von 1000 *M* erstreckte, also fast alle jetzigen Lohnklassen umfaßte. Der Wochenbeitrag sollte hier 3.50 *M* betragen, etwas mehr als jetzt der Beitrag in der höchsten Lohnklasse ist. Die neun Lohnklassen der Regierungsvorlage stiegen bis zu einem Jahreslohn von 8000 *M*, und die Beiträge für diese Lohnklassen bis zu 8 *M*.

Ob diese Abstufung gerechtfertigt ist, konnte nicht festgestellt werden, da dazu langwierige Verhandlungen notwendig gewesen wären. Sollten doch vor der Sommerpause größere Einnahmen erschlossen werden, so blieb nichts anderes übrig, als daß sich der Reichstag **auf den Boden der Regierungsvorlage** stellte und von hier aus die nötigen Verbesserungen durchführte.

Die **Sozialdemokraten** wandten sich daher **gegen** den **Mangel**, daß die **Lohnklassen und die Beiträge nur bis zum Jahresarbeitsverdienst von 8000 *M* steigen**, so daß die Arbeiter mit höherem Verdienst sowohl in ihren Beiträgen als auch später in den Leistungen der Versicherung auf der Stufe des **8000-Mark-Jahresarbeitsverdienstes** gehalten werden. Sie verlangten, daß die **Lohnklassen bis zum Jahresverdienst von 15 000 *M* ausgedehnt** und die Beiträge und Leistungen entsprechend erhöht werden. Die Rechtsparteien und die Regierung sträubten sich dagegen, weil dies eine zu große Belastung der Industrie und des Handels sei. Im letzten Augenblick gab die Regierung nach. Darauf konnten die **Sozialdemokraten** ihre Anträge mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten durchbringen. Die Invalidenversicherung hat daher in Zukunft:

	Jahresarbeitsverdienst	Wochenbeitrag
Lohnklasse 1 . . .	bis 1 000 *M*	3.50 *M*
Lohnklasse 2 . . .	1 000 „ 3 000 „	4.50 „
Lohnklasse 3 . . .	3 000 „ 5 000 „	5.50 „
Lohnklasse 4 . . .	5 000 „ 7 000 „	6.50 „
Lohnklasse 5 . . .	7 000 „ 9 000 „	7.50 „
Lohnklasse 6 . . .	9 000 „ 12 000 „	9.00 „
Lohnklasse 7 . . .	12 000 „ 15 000 „	10.50 „
Lohnklasse 8 . . .	über 15 000 „	12.00 „

Von diesen Beiträgen zahlen Unternehmer und Arbeiter **wie** bisher je die Hälfte.

Noch weniger als mit den Beiträgen konnte sich der Reichstag mit den Leistungen der Versicherung beschäftigen, weil dazu Zeit und Unterlagen fehlten. Daher blieb nichts anderes übrig, als daß der Reichstag die Leistungen so, wie sie in der Vorlage vorgeschlagen waren, mit den Zusätzen gemäß den hinzugefügten Lohnklassen und Beiträgen vorläufig annahm.

Im Oktober tritt der Reichstagsausschuß eine Woche vor dem Plenum — vieleicht noch früher — zusammen, beginnt mit der gründlichen Beratung der Angestelltenversicherung, und beschäftigt sich danach mit der **Invalidenversicherung** und mit den übrigen Teilen der Reichsversicherungsordnung. Dann werden auch die **Leistungen**, wie sie sind und wie sie sein sollen, zu prüfen sein.

Der Staat und die Kinderfürsorge

Am Freitag voriger Woche hat bekanntlich die Mehrheit des Haushaltsausschusses mit 7 gegen 6 Stimmen einen sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, von den 4 200 000 *M* der Erübrigungen der badischen Fleischversorgungsstelle 2 Mill. für die Kinderfürsorge zu verwenden. Da traf es sich nun am Montag, als der 3. Nachtrag für das Arbeitsministerium beraten wurde, sehr merkwürdig, daß von einem Vertreter dieses Ministeriums angekündigt wurde, es werde noch eine **Nachforderung** für **Kinderfürsorge** an den Landtag gestellt werden.

Mit gutem Gewissen konnte die sozialdem. Fraktion auf ihren wenige Tage vorher gestellten, leider abgelehnten Antrag verweisen. Sie hatte also ohne weiteres erkannt, was alles noch für die Kinder seitens des Staates getan werden muß, um die furchtbaren Schäden, welche der verlorene Krieg der Kinderwelt geschlagen, einigermaßen auszugleichen. Dabei ist an sich noch im 3. Nachtrag für die Zwecke der Kinder- und Säuglingsfürsorge als Nachforderung ein Betrag von 1 500 000 *M* angefordert. Die törichte Auffassung, die man während des Krieges seitens mancher behördlicher Stellen vertreten, die Kriegskost schade den Kindern nicht, zeigt sich erst in der Nachkriegszeit in ihrer ganzen verderblichen Art.

Jugendpflege und Landtag

Die beiden Landesorganisationen: Bad. Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege, sowie **Zentralkommission für Sport- und Körperpflege**, die in sich sämtliche in Baden bestehenden, Leibesübungen und Jugendpflege betreibenden Vereine jeglicher Richtung mit insgesamt über ½ Million Mitglieder vereinigen, trugen dem Ministerium des Kultus und Unterrichts die Bitte vor, die im ordentlichen Staatshaushalt für 1921/22 eingesetzten laufenden 100 000 *M* zur Unterstützung für Jugendpflege auf mindestens 400 000 *M* zu erhöhen und die im ordentlichen Staatshaushalt für 1921/22 einmal genehmigten 25 000 *M* für Bau von Turn-, Spiel- und Sportstätten auf mindestens 150 000 *M* zu erhöhen. Die Eingabe war auch dem Haushaltsausschuß zugegangen und er beriet sie beim 3. Nachtrag, und zwar bei der Position Förderung der Jugendpflege 25 000 *M*. Die **Sozialdemokratie** beantragte, in den Etat 50 000 *M* einzusetzen. Sie stützte sich u. a. auch auf die Schlußworte der Eingabe, in welcher es heißt: „Jedem etwaigen Einspruch aus Kreisen der finanztechnischen leitenden staatlichen Persönlichkeiten ist die eine völlig unbestreitbare Tatsache entgegenzuhalten: Keine Ausgabe, die der Landtag je bewilligen kann, ist so sehr werbendes und zinstragendes Kapital für die Erhaltung unseres Volkes und Staates als diese Ausgabe für die Gesundheit der Jugend und damit für die Zukunft unseres ganzen Volkes."

Der sozialdemokratische Antrag hatte Erfolg, er **wurde mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen.** 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Man muß dringend wünschen, daß der sozialdemokratische Antrag auch im Plenum eine Mehrheit findet. Denn trotz der großen Finanzmisere, in welcher das Reich und die Länder sich befinden, müssen Mittel zur Verfügung stehen, welche die sportliche Heranbildung der Jugend ermöglichen, damit der Staat über einen kräftigen und gesunden Nachwuchs verfügt.

Die Teuerungszuschläge der Geistlichen

Im 3. Nachtrag, welchen zurzeit der Haushaltsausschuß des Landtages berät, hat das Kultusministerium beim außerordentlichen Etat die Position eingesetzt: Zur Gewährung von Teuerungszulagen an die Geistlichen aller Bekenntnisse: 1 646 800 *M*. Hiervon entfallen auf die Geistlichen der katholischen Kirche 810 000 *M*, auf die der evangelischen Kirche 695 000 *M*, auf die altkatholischen Geistlichen 124 800 *M*, auf die Rabbiner der israelitischen Religionsgemeinschaft 11 400 *M*, auf die Geistlichen der freireligiösen Gemeinde 5 600 *M*.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärte hierzu, daß er die Teuerungszulage den Geistlichen gönne, aber aus prinzipiellen Gründen, weil die Sozialdemokratie strikte Trennung von Staat und Kirche verlange, nicht für sie eintreten könne. Er frage aber an, inwieweit die Kirchen ihr volles Steuerrecht ausgeübt haben. — Der Regierungsvertreter erwiderte, daß nur die evangelische Kirche dieses Steuerrecht voll ausgenützt habe. Die katholi. Kirche erhebe 32 Pf., sie habe zur Zeit ein Defizit von 1 400 000 *M*. — Die Position wurde angenommen; die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Das Besoldungsgesetz

Wie bekannt, hatte der Reichsfinanzminister gegen das badische Besoldungsgesetz, das vom Landtag in seiner 33. Sitzung am 21. März 1921 verabschiedet wurde, Einspruch erhoben. Auf Grund schriftlicher und mündlicher Aufklärungen hat der Reichsfinanzminister dann seinen Einspruch gegen die meisten Punkte des badischen Besoldungsgesetzes zurückgezogen. Die Regierung beschloß, dem Einspruch in einigen Punkten stattzugeben, weil die Beanstandungen unwesentlich sind, dagegen wurde bei einigen anderen Punkten die Entscheidung des Reichsschiedsgerichts angerufen. Hierbei handelt es sich um den Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die Einreihung der Handels-, Gewerbe-, Real-, Zeichen- und Musiklehrer in den Gruppen 9 und 10 und gegen das Aufrückungsverhältnis in diesen Gruppen statt Einreihung in den Gruppen 8 und 9 im Verhältnis zu 2 : 1, ferner gegen die Einreihung der Direktoren großer und der größten Handels- und Gewerbeschulen in den Gruppen 11 und 12 statt in Gruppe 10, gegen die Einreihung der Direktoren großer Volksschulen in die Gruppe 11 statt in die Gruppe 10.

* **Die Kosten der letzten Volkszählung.** Zur Bestreitung der Kosten für die Bearbeitung der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 war ein Administrativkredit in Höhe von 140 000 *M* bewilligt worden. Dieser Betrag hat sich aber als unzulänglich erwiesen. Im dritten Nachtrag zum Staatsvoranschlag werden deshalb 90 000 *M* nachgefordert. Den Gesamtbetrag von 230 000 *M* muß das Reich wieder ersetzen.

Der Landeswetterdienst. Seit dem Kriege erfolgt die Verbreitung der mitteleuropäischen Wetternachrichten durch alle Staaten und Länder auf funkentelegraphischem Wege. Dadurch wurde die Errichtung einer Funkstation auch für die badische Landeswetterwarte unvermeidlich. In den neuesten Nachtrag zum Staatsvoranschlag ist der Betrag von 18 400 *M* eingestellt und zwar als Ersatz der Einrichtungskosten der Funkentelegraphenstation der Landeswetterwarte an die Reichspostverwaltung.

Sie können es nicht erwarten. Der geschäftsführende Ausschuß der deutschen Volkspartei tut der Mitwelt kund und zu wissen, daß er eine Eingabe an den Landtag und die Regierung gerichtet habe, in der verlangt wird, daß die Gemeindewahlen, die bekanntlich erst im Spätjahr 1922 fällig sind, bereits in diesem Herbste zusammen mit den Landtagswahlen stattfinden sollen. Neben der beigegebenen sachlichen Begründung ihres

Studenten

Mein Weg führt mich täglich an der Universität vorüber, immer zu einer Zeit, da die Jünger der Wissenschaft hinein- oder herausströmen. Immer bleibe ich ein Viertelstündchen stehen, deswegen gehe ich ja früher von meiner Wohnung fort. Die Studenten interessieren mich. Nicht etwa, weil ich auch einmal einer war.

Sieht man hundert Arbeiter eine Fabrik verlassen, so ist es, trotz mannigfacher Verschiedenheiten, doch immer ein Typ, der sie alle gleich macht, der Typ des Arbeiters, oder man sieht Hunderte von Angestellten ihr Geschäftshaus verlassen, so ist es auch hier wieder, trotz der mannigfachen Unterschiede, zum Beispiel in der Kleidung, ein Typ, der Typ des Stehkragenproletariers.

Doch hier, vor der Universität, ist jeder der Hinein- oder Herausgehenden ein Typ für sich:

In feschem Wichs, die Mütze im Genick, das Band quer über der Brust, der „Teutsche Heldenjüngling", System Biertimpel,

das Einglas, deutsch Monokel, im Auge, welches sonst zufallen, ein schwarz-weißes Bändchen im Knopfloch: der Reserveoffizier,

im hohen Stehkragen (bis über die Ohren), mit riesigem Vatermörder und stupidem Gesichtsausdruck: der Sprößling eines Krautjunkers,

mit Schillerkragen, nackten Knien, die nicht immer sauber zu sein brauchen, lockiger Mähne: der Freideutsche,

in die Höhe geschossen, schlank wie eine Bohnenstange, den Klemmer, der jeden Augenblick herunterzufallen droht, auf der spitzen Nase: die geistige Jungfer,

nach neuester Mode gekleidet, nie allein, kokett, mit höchsten Stiefelchenabsätzen: die zukünftige studierte „Hausfrau",

dick, plump, mit echter Krawattennadel, Lackschuhen, Bügelfalte, dicker Zigarre mit Bauchbinde: der Sohn des Schiebers bezw. Kriegsgewinnlers,

Deutschlands Zukunft!! Mir wird angst und bange, wenn ich daran denke. Ihr sollt uns dereinst herausführen aus all unserer Not, unserem Elend?

Doch ein Trost ist mir geblieben: ganz zuletzt kommt immer noch ein Mädel, braungebrannt, ernst, ohne Kopfbedeckung, in einfachem, nettem Kleide, auf der Brust in Form einer Brosche das Abzeichen unserer Arbeiterjugend.

Noch mehr solche wie du und mir ist nicht bange!

Kurt Löffler.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

In wenigen Tagen erscheint im Firn-Verlag, Berlin, ein neues Buch von **Ströbel: „Die Sozialisierung. Ihre Wege und Voraussetzungen."** Ströbel zeichnet hier in seinem neuen Werk eine Geschichte der Sozialisierungsversuche und Sozialisierungsvorschläge auf und gibt historische und ökonomische Analyse des Sozialisierungsproblems. Auch die Sozialisierungserfahrungen Sowjet-Rußlands und Räte-Ungarns zeigt er in einer Studie auf, die strengste Objektivität mit eindringender kritischer Schärfe verbindet. Ströbel analysiert die sozialen Probleme der Novemberrevolution, die Wissel-Möllendorffsche Planwirtschaft, die Vorschläge der Sozialisierungskommission, das Sozialisierungsprojekt Hortens, die Ideen des Gilden-Sozialismus usw. Souveräne Beherrschung des Stoffs und fesselnde Darstellung kennzeichnen auch diese Schrift des Verfassers.

Wunsches — angeblicher Nachteil häufiger Wahlen — führen die Stinnesmänner als Hauptursache ihres Begehrens an, daß sie bei Ablehnung ihres Verlangens noch ein ganzes Jahr warten müßten, bis sie auch auf den Rathäusern die „ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung" erlangen würden. — Wir können ja die Ungeduld der Volkspartei begreifen und ihnen nachfühlen, daß sie es nicht abwarten können, bis sie auch auf den Rathäusern ihr unheilvolles Treiben in der „ihrer Bedeutung" entsprechenden Weise beginnen können. Aber um dessentwillen die Amtsdauer der rechtmäßig und verfassungsmäßig gewählten Bürgerausschüsse um ein Jahr abzukürzen — solch ein unverschämtes Verlangen können nur die kapitalistischen Stinnesparteiler stellen.

Volkswirtschaft

Wilder Betrieb an der Börse

Die Mark im Auslande sinkt, ihre Kaufkraft im Innern ebenfalls, die Arbeiter und die ihnen Gleichgestellten erleiden dadurch erhöhte Not. Die Kapitalisten werden aber von einem neuen Taumel erfaßt. An der Börse hat ein förmlicher wilder Betrieb eingesetzt. Die „Frankfurter Zeitung" bezeichnet die Lage wie folgt:

„**Einen tolleren Betrieb wie in den letzten Wochen haben die deutschen Börsen kaum je erlebt.** Auch im letzten Jahr und in den Wintermonaten 1921 hat es Zeiten gewaltigen Kaufandranges gegeben, **aber sie scheinen durch die jüngste Hochflut überboten.** Die **Banken** und **Bankfirmen** wußten sich vor **Kaufaufträgen** wirklich **nicht mehr zu retten,** die Makler kamen mitunter in ernste Verlegenheit bei der Kursermittlung, die sich durch den Riesenumsatz oft ungewöhnlich lange verzögerte. Die überkommene Börsentechnik ist offensichtlich für einen solch fabelhaften Geschäftsumfang ein unzulängliches Instrument. Man sinnt auf Abhilfe und schlägt gleichmäßigere Verteilung der Papiere an die Makler, Vermehrung der Maklerzahl usw. vor. Jedermann hat den Eindruck, daß etwas geschehen muß, um des Ansturms der Privatkundschaft besser Herr zu werden."

Gleiche Feststellungen macht auch das „Berliner Tageblatt". Es schreibt:

„Die Variante: „**An der Börse hängt, nach der Börse drängt doch alles**" ist nicht gerade schön, aber sicherlich zeitgemäß. **Das Börsenfieber hat wieder einmal die weitesten Kreise ergriffen, und in der Burgstraße erleben wir eine Hochkonjunktur, die wohl alles Dagewesene in den Schatten stellt.** Die **Wechselstuben** der **Banken** werden vom **Publikum gestürmt,** und es bilden sich in den Depositenkassen **Polonaisen von Spekulanten** aller Art, die ihre Börsenaufträge los sein möchten. Oft genug gelingt ihnen das nicht, da sich die Großbanken infolge des starken Ordereingangs dazu entschließen mußten, schon in den Vormittagsstunden die Annahme von Aufträgen zu verweigern oder wenigstens die Garantie für die Ausführungen am gleichen Tage abzulehnen. **An der Börse selbst hat sich in den letzten Wochen ein riesiger Verkehr entwickelt,** der sich jeweils bis in den späten Nachmittag hinzieht und an die Arbeitskraft des Bankenpersonals und der Makler die höchsten Anforderungen stellt. Die Kursnotierung kann vielfach in der regulären Börsenzeit nicht beendet werden, und so ist es kein Wunder, wenn die Kurszettel der Handelszeitungen häufig Lücken aufweisen. **In den Banken muß wieder mit ausgedehnten Ueberstunden gearbeitet werden,** und in den **Maklerbureaus** ist man zum Teil **noch um Mitternacht,** ja, auch noch länger, mit dem Ausschreiben von Schlußnoten beschäftigt."

Gewerkschaftliches

Die Bewegung in der Kundenmüllerei

zeigte verschiedene Resultate. Einige Betriebe haben, so Kitzingen und Kappel a. Rh., die fälligen Lohnbeträge nach Zustellung des Schiedsspruches ausbezahlt, andere eine Lohnzulage nach Zustellung des Schiedsspruches ausbezahlt, andere eine Lohnzulage gewährt. Die meisten aber ließen es auf das äußerste ankommen. Die Mühle Schmidt in Neumühl wurde von den beiden dort beschäftigten Auchkollegen tatkräftig unterstützt. Obwohl diese die Vollmacht zur Klageerhebung ausgefertigt haben, so erklären sie vor Gericht, daß sie ja gar nichts gewollt haben, denn der arme Mühlenbesitzer könne diesen Lohn nicht bezahlen. Wenn sie mehr verdienen wollen, so verlangen sie einfach von den Bauern mehr Trinkgeld. — Ob das nach Aufhebung der Zwangswirtschaft so weiter gehen wird, ist eine andere Frage! Der Mühlenbesitzer Häs in Meißenheim mußte auch nochmals in den Beutel greifen und 800 M an Ueberstunden nachbezahlen. Herr Herr in Rust gibt sich schon mit dem Amtsgericht gar nicht ab. Er bestellt gleich einen Rechtsanwalt in Freiburg. Mir hams ja! Also überall Widerstand gegen geregelte Verhältnisse in der Kundenmüllerei. Wie lange will der badische Müllerbund dieser Anarchie noch Vorschub leisten?

Der Landestarif ist eingereicht, aber immer noch Schweigen von Konstanz bis Mosbach. Wir werden aber schon nachhelfen. Da, wo die Kollegen ihren Mann stehen, sind überall Erfolge erzielt worden. Die Brauerei Gebr. Eidel in Kehl hielt es auch nicht für notwendig, den allgemein verbindlichen Tarifvertrag einzuhalten. Darum muß sie jetzt noch 1200 M berappen.

Darum, Kollegen, zieht aus diesen Vorkommnissen die richtige Lehre und haltet fest zu eurer Organisation, die eure Interessen mit Nachdruck vertritt.

Vollständige Stillegung der Rheinschiffahrt

Die gesamte Rheinschiffahrt ist nunmehr stillgelegt, da auch das holländische und französische Maschinisten- und Heizerpersonal in den Ausstand getreten ist. Dem **Befehl der Rheinlandkommission in Koblenz, die Arbeit wieder aufzunehmen,** wurde im besetzten Gebiet **keine Folge** geleistet. Die **deutschen Arbeitgeberverbände** haben den Heizern und Maschinisten **gekündigt.**

Genossenschaftsbewegung

Die Berliner Parteifunktionäre für die Genossenschaften

In einer allgemeinen **SPD.-Funktionärversammlung** in **Berlin** hielt Genosse **Vieth** (Hamburg) über das Thema: „**Die Bedeutung der Konsumentengenossenschaften im heutigen Wirtschaftsleben**" einen Vortrag. Der Redner entrollte in seinen Ausführungen ein Bild von der Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit In welchem bedeutsamen Umfange der Gedanke sich in die Praxis umgesetzt hat, zeigt eine **Statistik** vom **vorigen** Jahre. Es waren 1291 **Konsumvereine** mit 2 714 109 **Mitgliedern** vereinigt. Der **Umsatz** betrug 2801 **Millionen Mark,** die **Eigenproduktion** stellte sich auf 3441 **Millionen,** der **Wert** des **Grundbesitzes** auf 134 **Millionen,** und die **Betriebsmittel** betrugen 608 **Millionen. Beschäftigt** wurden 40 448 **Personen.**

Die **Großeinkaufs-Gesellschaft** deutscher Konsumvereine **eigene Lager** in **Hamburg, Gröba, Erfurt, Berlin, Düsseldorf, Mannheim, Nürnberg** und **Breslau.** In Vorbereitung sind Lager in **Königsberg, Minden, Chemnitz** und **Stuttgart.** Für die Eigenproduktion sind vorhanden: 2 Seifenfabriken, 3 Zigarrenfabriken, 1 Zündholzfabrik, 1 Teigwarenfabrik, 1 Kistenfabrik, 1 Kautabakfabrik, 1 Zigarettenfabrik, 1 Zuckerwarenfabrik, 1 Weberei, 1 Bürstenwarenfabrik, 1 Kaffeegroßrösterei, 1 Gewürzmühle und 1 Senfmühle. Der Bestand der Bankeinlagen war 1920 117 Millionen Mark.

Die **Hamburger Genossenschaften** werden im laufenden Jahre einen **Umsatz von 400 Millionen Mark** zu verzeichnen haben.

Wenn die Arbeiterschaft erst **die ungeheure Kraft der Konsumgenossenschaften** und **Eigenproduktion** richtig begriffen habe, werde der beschrittene Weg uns sicher der **Gemeinwirtschaft** und **Sozialisierung** näherbringen. Auf den **sozialdemokratischen Parteitagen** hat sich den früheren Jahren gegenüber hinsichtlich der Bedeutung des Wesens der Konsumgenossenschaften ein bedeutsamer Wandel vollzogen. Man erkennt jetzt an, daß sie die **Arbeiterschaft praktisch schulen,** sie fähig machen für die Zukunft, für die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Die Versammlung schloß mit der **einstimmigen** Annahme folgender **Resolution:**

„Die Funktionärkonferenz des Bezirksverbandes Groß-Berlins der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands **anerkennt die hohe wirtschaftliche und soziale Bedeutung der modernen deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.** Die **genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft** und die sich darauf aufbauende **konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion** bedeutet ein **Stück freiwilliger Gemeinwirtschaft,** die der Arbeiterschaft wirtschaftliche Vorteile bringt und sie immer mehr befähigt, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Indem die Konferenz die **Beschlüsse der Parteitage in Magdeburg** wiederholt, **fordert sie alle Parteigenossen auf, der Konsumgenossenschaft nicht nur als Mitglied anzugehören, sondern auch ihren Warenbedarf in möglichst weitem Umfange in derselben einzudecken.** Die Konferenz macht es darum den Funktionären zur Pflicht, in den nächsten Abteilungsversammlungen der Genossenschaftsfrage eine größere Bedeutung beizulegen."

Wir erwarten, daß auch in Süddeutschland und besonders bei uns in Mittelbaden, die große Bedeutung des Genossenschaftswesens mehr als bisher von den Arbeitern, Angestellten und Beamten erkannt wird. Notwendig ist auch, daß unsere Genossen sich aktiv mehr am Genossenschaftsleben beteiligen.

Kleine Nachrichten

Berlin. Nach einer Meldung aus Kiel ist infolge geringer Aufträge die wirtschaftliche Lage der dortigen Werften sehr mißlich. Die Werften haben Arbeiterentlassungen vornehmen und Feierschichten einführen müssen. Auch bei den Howaldtswerken ist mit den gleichen Maßnahmen zu rechnen.

Berlin. Zwischen Marburg und Cuxhaven ist infolge der großen Dürre ein großer Waldbrand ausgebrochen, der auch die Wohnhäuser und Gehöfte bedroht. An einzelnen Gegenden sind Feuersbrünste von riesengroßer Ausdehnung ausgebrochen.

Berlin. Laut einer Meldung aus Warschau hat der Generalstreik der Lozger Textilarbeiter sich auch auf die Textilarbeiter von Tomaschew und Zgenjtochau ausgedehnt.

Berlin. Laut „B. Z. am Mittag" brach in der vergangenen Nacht in dem Großindustriegebäude Erdmannshof ein großer Brand aus, der einer der größten ist, die in den letzten Jahren in Berlin vorgekommen sind. Die gesamten Feuerwehren mit 50 Fahrzeugen und allen verfügbaren Mannschaften waren die ganze Nacht über an der Brandstätte beschäftigt. Der Schaden an Gebäuden und Fabrikanlagen ist außerordentlich groß.

Berlin. In der von den Kommunisten beherrschten Stadt Suhl (Thüringen) wurde nach dem „Berl. Lokalanzeiger" im Stadtpark unter Beteiligung zahlreicher kommunistischer Arbeiter- und Sängervereine ein Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eingeweiht.

Berlin. Wie der „Berl. Lokalanzeiger" aus Beuthen meldet kehrten die anläßlich der Vorfälle beim Einzug der englischen Truppen festgenommenen Deutschen zum Teil gestern wieder aus der französischen Haft zurück. 28 Gefangene sind noch in Haft. Sie sind durch Verwundungen und Mißhandlungen derart entstellt, daß die Franzosen nicht wagen, sie freizulassen.

Berlin. Der „Berl. Lokalanzeiger" meldet aus Duisburg Die Zahl der am Parathyphus erkrankten Personen ist auf 130 gestiegen. Bisher sind vier Personen der schrecklichen Seuche die auf den Genuß frischen Pferdefleisches zurückzuführen ist, erlegen.

Berlin. Nach dem „Berl. Tageblatt" kam es auf dem Wochenmarkt in Graudenz zu schweren Ausschreitungen. Die zum Verkauf ausgestellten Butter- und Eiervorräte wurden von der Menge zertreten. In die umliegenden Fleischerläden drang die Menge ein und nahm die großen Fleischstücke von den Haken weg. Der Brotpreis wurde von 34 auf 84 polnische Mark erhöht.

München. In Bayern herrscht eine große Ehescheidungsepidemie. Im Jahre 1920 wurde 3 575 Ehescheidungen vollzogen.

Würzburg. Zu dem Waldbrand in Wintersbach wird weiter gemeldet, daß der Brand etwa 30 Tagwerk ca. 20jährigen Kieferbestand und 30 Ster Buchenprügel vernichtete.

Weilsheim. In Ammermoos an der Filz brach ein Dorfbrand aus, der sich auf etwa 65 Dezimalen ausdehnte. Dem Feuer konnte infolge Wassermangels nur durch Abgraben Einhalt getan werden.

Memmingen. Prof. Dr. Felix Günthe aus Leipzig entdeckte bei Memmingen zahlreiche Steinwerkzeuge der vorgeschichtlichen Zeit. Damit ist der unwiderlegliche Beweis erbracht, daß diese Landschaft bereits in der 3. bezw. 2. Zwischeneiszeit von Menschen bewohnt gewesen ist. Das Alter der Siedelung wird auf ¾ Millionen Jahre geschätzt.

Koblenz. Beim Umbau eines alten Hauses wurden 52 Goldmünzen aus dem 14. Jahrhundert gefunden, die einen hohen Wert darstellen.

Münster (Westf.) Der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hitze (Zentr.), der bekannte Sozialpolitiker, ist im 71. Lebensjahr in Bad Nauheim gestorben.

Braunschweig. Die braunschweigische Landtagsfraktion des Landeswahlverbandes veröffentlicht eine Erklärung, wonach sie entsprechend ihren Beschlüssen nur solange Obstruktion zu betreiben beabsichtigen, bis die strittige Frage der Reichszuständigkeit des gegenwärtigen Landtags entschieden sei. Nach einer befriedigenden Entscheidung des Staatsgerichtshofes wolle sie die Arbeiten in der Landesversammlung wieder aufnehmen.

Aus dem Lande

Völkersbach bei Ettlingen, 20. Juli. Heute früh wurde der 64 Jahre alte Schneidermeister und Landwirt Isidor Ochs von seinen Angehörigen tot im Bette aufgefunden. Gestern abend gegen 10 Uhr war er noch frisch bei der Arbeit. Während der Nacht hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

* **Pforzheim,** 20. Juli. In der letzten Zeit fiel es auf, daß Postsendungen nach den württembergischen Orten Engelsbrand, Salmbach und Grunbach fehlten. Der Postbote von Grunbach ist jetzt unter dem Verdacht der Mittäterschaft an den Diebstählen verhaftet worden.

* **Heidelberg,** 19. Juli. Ganz seltsame Vorausahnungen im Zusammenhang mit dem Doppelmord an den beiden Bürgermeistern werden von der hiesigen Staatsanwaltschaft bestätigt. Der Frankfurter Generalanzeiger berichtet, daß eine Frankfurterin auf der Redaktion erschienen ist und von ihrer Fähigkeit ihrer Wahrträumerei erzählte. Sie teilte dabei auch mit, daß sie einige Tage vor der Auffindung der Leichen an die Heidelberger Staatsanwaltschaft einen Brief geschrieben habe, worin sie mitteilte, daß sie im Zustand der Wahrträumerei den Vorgang bei der Ermordung der Bürgermeister gesehen habe. Sie gab in dem Brief auch an, die Mordstelle befinde sich in der Nähe eines großen Gutes; die Leichen finde man zwischen Felsstücken liegen. Die Staatsanwaltschaft bestätigt nun, daß tatsächlich schon einige Tage vor Auffindung der Leichen das Schreiben der Frankfurter Hellseherin bei der Staatsanwaltschaft hier eingelaufen ist. Nachdem die Leichen gefunden sind, konnte festgestellt werden, daß der Wahrtraum vollständig paßte. Auch eine Heidelbergerin Frl. Bucher, die als Hellseherin bekannt ist, hat laut „Heidelb. Tagblatt" vor Auffindung der Leichen die Richtung genau bezeichnet, wo die Ermordeten lagen. Diese Mitteilungen dürften für die wissenschaftliche Welt zweifellos ein sehr hohes Interesse beanspruchen.

* **Mannheim,** 20. Juli. Großfeuer brach in der Nacht zum 19. ds. Mts. in der chemischen Fabrik in Rheinau vermutlich infolge von Selbstentzündung aus, das durch die Feuerwehren bald wieder gelöscht werden konnte. Doch wird der Schaden auf mehrere Hunderttausend Mark geschätzt.

* **Mannheim,** 20. Juli. Infolge des Beschlusses der Mannheimer Lichtspieltheaterbesitzer, ihre Häuser zu schließen, beschloß die Universum-Film-Aktiengesellschaft in Berlin (Ufa), die Aktienmehrheit der Aktiengesellschaft für Kinematographie und Filmverleihung in Mannheim zu übernehmen. Damit kommen die Lichtspielhäuser in Mannheim, Pforzheim, Wernau und Köln unter die Kontrolle der Ufa.

Mannheim, 20. Juli. Zu einer aufregenden Verbrecherjagd gestaltete sich gestern vormittag die Festnahme eines Schwerverbrechers, der sich der Festnahme mit dem Revolver in der Hand zu erwehren suchte. Der Verbrecher, von einem Kriminalschutzmann verfolgt, wollte am Marktplatz in einen fahrenden Straßenbahnwagen springen. Da ihm dies mißlang, riß er die Tür zu einer Hochzeitskutsche auf und sprang hinein. Da der Verbrecher auf den Schutzmann anlegte, gab dieser einen Schuß ab, wodurch der Verbrecher schwer verletzt wurde und ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

* **Prinzbach,** 20. Juli. Während der Landwirt Jakob Obert auf der Arbeit war, wurde in seinem Haus eingebrochen und 3000 M gestohlen.

* **Bräunlingen,** 20. Juli. Auf dem Hölzlehof wurden bei Witwe Weißer 5000 M und ein Schinken gestohlen, während mit Ausnahme eines kranken Sohnes alle Bewohner mit Mähen beschäftigt waren.

Staufen, 20. Juli. Blitzschlag. Bei einem heute abend über die hiesige Gegend niedergegangenen schweren Gewitter schlug der Blitz in das Anwesen des Landwirts Joh. Georg Schneider in Kropbach (Gemarkung Gruner) ein und zündete. Das gesamte Oekonomiegebäude einschließlich der Ernte wurde ein Raub der Flammen. Ein Schwein und mehrere Hühner verbrannten.

Gesundheit ist Reichtum!

Soeben erschienen:

Hygiene des Geschlechtslebens.

von Prof. Dr. M. v. Gruber.

15.—47. Auflage. 265.—284. Tausend.

Mit 4 farbigen Tafeln.

Preis 6 M (Porto und Nachnahme 1.35 M).

In keinem Hause darf dieses Buch fehlen. **Es behandelt nicht nur die Geschlechtskrankheiten, sondern das ganze Geschlechtsleben.** Für Mann und Frau, für Jüngling und Jungfrau ist das Werk von größtem Wert!

Soeben erschienen:

Geschlechtsleben und Geschlechtsleiden.

Von Prof. Dr. E. Riecke.

Mit 2 Kunstdrucktafeln.

Preis: 5 M (Porto und Nachnahme 1.35 M).

Erschütternde Bilder aus dem täglichen Leben sind's, die das Werk an uns vorbeiziehen läßt: Aus dem Kino, aus dem Kaffeehaus, das Tagebuch eines Studenten, der Lebensgang einer Dirne usw. In sie hinein verwoben sind die medizinischen Erörterungen und Belehrungen über die furchtbare Geißel der Menschheit, die Geschlechtskrankheiten.

Soeben erschienen:

Des Weibes Leib und Leben in Gesundheit und Krankheit.

Von Dr. Max Nassauer.

Mit zahlreichen Tafeln und Abbildungen.

Fein gebunden 22 M (Porto u. Nachnahme 1.55 M).

Alles, was des Weibes Leben in Gesundheit und Krankheit betrifft, kommt in dem Werke zur Darstellung: Die Hygiene der Frau im allgemeinen, die Gesundheitspflege der Entwicklungsperiode, die Gesundheitspflege der Ehe im allgemeinen, die Gesundheitspflege in der Schwangerschaft, die Vorbereitung zur Entbindung, die Gesundheitspflege bei der Entbindung, Kunsthilfe des Arztes bei Geburten, die Hygiene des Wochenbettes, Störungen bei der Menstruation, Lageabweichungen der Gebärmutter, die Wechseljahre, Gebärmutterkrebs usw., der Ausfluß aus dem weiblichen Geschlechtskanal, künstliche Verjüngung usw. usw.

Die drei Werke sind einzeln käuflich! Alle drei zusammen zum **ermäßigten Preis von 30 Mk.** Füllen Sie noch heute den nebenstehenden Bestellzettel aus und senden ihn an eine Buchhandlung oder an den

Verlag von Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart.

Bestell-Zettel.

Ich erbitte unter Nachnahme:

Gruber:

Expl. Hygiene des Geschlechtslebens

Riecke: Preis 6 Mk.

Expl. Geschlechtsleben und Geschlechtsleiden

Nassauer: Preis 5 Mk.

Expl. Des Weibes Leib und Leben

Preis geb. 22 Mk.

Alle 3 Werke zusammen zum ermäßigten Preis von 30 Mark (zuzüglich Porto). Betrag durch Nachnahme erheben.

Genaue Adresse: .....

In offenem Kuvert mit 15 ₰ frankiert an die nächste Buchhdlg. senden, oder an den Verlag von: **Ernst Heinrich Moritz,** Stuttgart.

* **Kleinlaufenburg**, 20. Juli. Das altbekannte Gasthaus zum „Pfauen" in Laufenburg am Rhein ist völlig niedergebrannt. Das Gasthaus war das älteste der Stadt Laufenburg.

* **Ladenburg**, 20. Juli. Der 19jährige Adam Ehret aus Hemsbach a. d. B. kam beim Baden im Neckar an eine tiefe Stelle und versank. Ein Freund, der ihn retten wollte, war ebenfalls in Gefahr zu ertrinken. Während dieser noch gerettet werden konnte, fand man die Leiche des Ehret erst nach einer Stunde.

Von der Presse. Die bisher im Verlag der Verlagsdruckerei Bär u. Bartosch im dritten Jahrgang erscheinende Wochenschrift „**Elsaß-Lothringische Mitteilungen**", die die wirtschaftlichen Interessen der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen vertritt, ging am 1. Juli an den Hilfsbund-Verlag G.m.b.H. in Berlin über, der die Zeitschrift noch weiter auszubauen gedenkt. Hinter dem Hilfsbundverlag stehen der Hilfsbund, der die gesamte Organisation der Vertriebenen umfaßt, und das Wissenschaftliche Institut für die Elsaß-Lothringer im Reich. Gedruckt wird die Zeitschrift nach wie vor in der Verlagsdruckerei Bär und Bartosch

Die Tagegelder der Schöffen und Geschworenen. Die Tagegelder, die den Schöffen und Geschworenen seit dem Jahre 1913 gewährt werden, und die ursprünglich auf 5 ℳ gesetzt waren, sind im Jahre 1920 auf 20 ℳ erhöht worden. Zugleich wurde die Zulage für Nachtquartier von 3 ℳ auf 12 ℳ heraufgesetzt. Aber angesichts der herrschenden Teuerung reichen auch diese Sätze nicht mehr aus, sodaß weiteren Teilen der Bevölkerung die Teilnahme an der Rechtsprechung erschwert wird. Vom 1. August ds. Js. an tritt daher nach einer soeben veröffentlichten Verordnung der Reichsregierung vom 12. Juli eine weitere Erhöhung ein; das Tagegeld wird künftig 30 ℳ, die Uebernachtungszulage 20 ℳ betragen.

Post nach der asiatischen Türkei. Nach einer Mitteilung der Türkischen Postverwaltung sind Briefsendungen jeder Art, also auch Drucksachen nach der asiatischen Türkei fortan nur in türkischer oder französischer Sprache zulässig.

Die Beleuchtung der Fuhrwerke. Nach einer amtlichen Verordnung betr. die Beleuchtung der Fuhrwerke, die nach eingetretener Dunkelheit auf öffentlichen Wegen fahren, müssen diese mit einer helleuchtenden Laterne versehen sein, wobei die Führung rot- und grüngeblendeter Laternen untersagt ist.

* **Keine Frühdruschprämie.** Wie an zuständiger Stelle verlautet, wird in diesem Jahr keine Frühdruschprämie gezahlt werden. Im Reichsernährungsministerium ist man der Ansicht, daß die Getreidevorräte und die Einfuhr genügen, um über die Uebergangszeit hinwegzukommen.

Verbrecher hüben und drüben

Wir erhalten folgende Zuschrift: Soeben lese ich in den Blättern die an unseren deutschen Gefangenen verübten Schandtaten der Franzosen und Engländer. Ich selbst war Augenzeuge einer unerhörten Schandtat, begangen an drei Kameraden. Ich war damals Gefreiter im Lehr-Inf.-Reg. Berlin, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse und sonstiger Auszeichnungen. Bei den Kämpfen um Arras war ich Führer eines Stoßtrupps; beim Angriff auf den englischen Graben habe ich mich verlaufen und bin in eine Stellung geraten, in der lauter Indier lagen. Ich ließ mich in den Graben fallen, als ob ich tot wäre. So lag ich nahezu 14 Stunden, bis ich Gelegenheit fand, den Posten zu überrumpeln und so dem Tod zu entrinnen. Zwei von meinen Kameraden wurden, wie ich mit eigenen Augen sah, lebend in ein Granatloch eingegraben und als Zielscheibe benutzt; den dritten hat man im Unterstand ausgezogen, mit einem Messer wurden ihm aus dem Rücken Striemen geschnitten in einer Breite von 5—10 Zentimetern. So mußte der Mann durch die englische Stellung laufen, bis er tot zusammenbrach. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mein Schreiben veröffentlichen würden.

August Heimburger jr., Karlsruhe.

Wir haben nicht den mindesten Anlaß, an den Angaben des Herrn Heimburger zu zweifeln. Die farbigen Soldaten der Gegner waren an der ganzen Front von Ostende bis Basel gefürchtet; sie waren im Kampfe Bestien, zumal sie meist noch betrunken waren. Es gab aber auch weiße Wilde, hüben und drüben, und meist: **je höher die Charge, desto wilder!**

Aus der Stadt

* **Karlsruhe**, 21. Juli.

Geschichtskalender

21. Juli. 1796 †Der schott. Dichter Robert Burns in Dumfries. — 1897 †Amand Goegg, bad. Revolutionär, in Baden. — 191 Kerenski wird russischer Ministerpräsident.

Karlsruher Parteinachrichten

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Wegen Verhinderung des Gen. Arbeitersekretär Erb, der heute abend laut Monatsprogramm einen Vortrag halten sollte, fällt der Vortrag aus. Es findet statt dessen ein Abendspaziergang statt. Treffpunkt und Abmarsch punkt ½8 Uhr: Engländerplatz.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Jeden Freitag von ½5—½6 Uhr Bücherausgabe in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16. Parteigenossen und Genossinnen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, erweitert euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

Wer verteuert die Milch?

Bei jeder Milchpreiserhöhung wird über die Begehrlichkeit der Milchproduzenten losgewettert. Und größtenteils nicht mit Unrecht, denn von geringen Ausnahmen abgesehen, ist doch die Gier nach Geld auf dem Lande zur reinsten Seuche geworden, unbekümmert darum, ob die Stadtbewohner dabei zugrunde gehen.

Nun tragen aber auch allem Anschein nach verschiedene Organe der Städte nicht dazu bei, die Preise zu verbilligen, sondern im Gegenteil die Begehrlichkeit der Bauern noch zu steigern, besonders durch Anbieten **höherer Milchpreise, als sie der Bauer selbst verlangt.**

Im „Badischen Beobachter" stellte von kurzem ein Geistlicher aus dem Bezirk Engen die schier unglaubliche Behauptung auf, daß die bäuerlichen Organisationen im Bezirk Engen sich mit einem Milchpreise von 1.75 ℳ begnügt hätten, wenn Karlsruhe den Liefergemeinden des Bezirks Donaueschingen nicht 2.— ℳ geboten hätte. Bei persönlicher Nachfrage wurde ihm in den Gemeinden versichert, daß man nicht daran gedacht hätte, den Sprung von 1.50 ℳ auf 2.— ℳ zu machen, wenn Karlsruhe nicht gewesen wäre.

Als wir vor kurzem die Behauptung des Geistlichen im „B. B." lasen, glaubten wir, daß der Pfarrer falsch orientiert sei, denn über die „Unschuld vom Lande" auch in geldlicher Beziehung haben wir im allgemeinen eine andere Meinung. Am Montag schreibt nun aber der „B. B.", daß der Geistliche in der Lage sei, seine Behauptungen mit Beweisen zu belegen, sodaß also an der Richtigkeit nicht zu zweifeln ist. Der betreffende Geistliche schreibt sodann wörtlich im „B. B.":

„Wenn ich es aufs Beliebtwerden abgesehen hätte, hätte ich schweigen müssen; aber mein Gewissen und das Mitleid mit der armen Bevölkerung verbot mir das Schweigen. Sie können sich wohl mein Erstaunen denken, als mir nachher gesagt wurde: Die Stadt **Karlsruhe** selber hat ja den Preis **angeboten** und würde **noch weiter gehen.** Mein Gewährsmann hält aufrecht, daß ein Vertreter der Stadt Karlsruhe von **nötigenfalls 2.25 ℳ pro Liter gesprochen,** und ein angesehener Bürger einer Nachbargemeinde, der in dieser Frage gut orientiert ist, bestätigte mir, ein Vertreter von Karlsruhe habe durchblicken lassen, wenn die Bauern mit 2 ℳ nicht zufrieden seien, **wolle man noch mehr zahlen** und zwar mit der Begründung, der Stadt Karlsruhe komme bei ihrer **Selbstbewirtschaftung** der Milch der Liter auf 4 ℳ zu stehen; da könne man in Karlsruhe den Liefergemeinden noch mehr als 2 ℳ bieten, man komme immer noch billiger weg, als bei der eigenen Bewirtschaftung."

Wenn ein Vertreter von Karlsruhe obige Erklärung abgegeben hat, so hat er einfach Unsinn verzapft. Wir begreifen sehr wohl, daß ein kommunaler Angestellter bei der Suche nach Milchlieferungsgebieten mit der Konkurrenz der anderen Städte zu rechnen hat, die bekanntlich zur Verbilligung der Milch nicht beiträgt. Aber soweit, wie oben behauptet wird, darf denn doch nicht gegangen werden. Der Stadtrat hat alle Ursache, den Fall zu untersuchen und wenn sich die Behauptungen bewahrheiten, solche Leute nicht mehr auf Milchreisen zu schicken. Mehr wie merkwürdig ist es, daß die Stadt Karlsruhe durch das Nachrichtentmt, das ja sonst immer so berichtigungsbeflissen ist, auch nicht ein Sterbenswörtchen über die ganze Angelegenheit verlauten läßt. Man glaubt scheints, mit Totschweigen die ganze Sache erledigt zu haben. Die Einwohnerschaft von Karlsruhe hat aber ein Recht dazu, Aufkläruno zu verlangen.

Aber auch aus anderen Bezirken wird derselbe Vorgang gemeldet, so z. B. aus dem Amtsbezirk Pfullendorf, wo die Landwirte sich mit einem Preis von 1.50 ℳ pro Liter einverstanden erklärten, aber die Stadt Mannheim nachher freiwillig **1.75 bis 2.—** ℳ bezahlte. Natürlich wollten daraufhin auch die Kuhhalter der Stadt Pfullendorf einen höheren Preis, wogegen sich die Milchkonsumenten wehrten. Es kam eine Einigung zustande, wonach die Konsumenten etwas mehr bezahlen, aber die Kuhhalter trotzdem nicht den gleichen Preis wie ihre ländlichen Kollegen erhalten. Die Geschädigten durch das Vorgehen der Stadt Mannheim waren also auch die Pfullendorfer Milchverbraucher.

Unsere Auffassung ist die, daß die Städte die Preise nicht noch selber in die Höhe schrauben sollten, denn dies können sie getrost den Bauern selbst überlassen, die bekanntlich schon wissen, wie man es anzupacken hat. Schon jetzt bauen die Landwirte, wie der „Bad. Beobachter" schreibt, den neuen Steuern vor, indem sie verlauten lassen, daß wenn die Steuern kommen, die Milch auf 3 ℳ pro Liter zu stehen kommt. Welche Folgen diese immerwährenden Erhöhungen haben, sollte endlich allen Volksgenossen ersichtlich sein.

Der Blinde auf der Straße

Blindenlehrer Urban schreibt in der „Frankfurter Volksstimme": Du hast ihn wohl schon oft gesehen, den Blinden auf der Straße. Nicht jenen meine ich, der gabenheischend an der Ecke steht, sondern den, der allein oder am Arm seines Führers seiner Arbeit nachgeht, wie jeder, der von seiner Arbeitskraft leben muß. Hast ihm wohl auch nachgeblickt und dir Gedanken gemacht über des Enteilenden Schicksal: Mitleid empfunden mit dem von der Führung des Begleiters Abhängigen, Bewunderung gezollt dem, der trotz fehlenden Augenlichtes seinen Weg durch das Straßengewühl findet. Gewiß, er verdient Bewunderung! Die größte Aufmerksamkeit braucht er, um den Weg zu halten und Hindernissen auszuweichen. Versuche einmal einen bekannten Weg — vielleicht am späten Abend — mit geschlossenen Augen zu gehen, du wirst eine Ahnung bekommen von dem geistigen Angestrengtsein des alleingehenden Blinden. Darum tust du recht, ihm deine Unterstützung anzubieten, wenn er eine gefährliche Straßenkreuzung zu überschreiten hat oder in die Straßenbahn einsteigen will. Aber vermeide es, ihm einen Vortrag zu halten über die Schwere seines Schicksals. Gewiß, du meinst es gut, willst ihm dein Mitgefühl ausdrücken; ihm bereitet das Qual. Vermeide es auch, mit dem Führer eines Blinden ein Gespräch über das Leiden des Blinden anzuknüpfen, auch wenn es sich um ein blindes Kind handelt. Es ist halt niemand gerne der Besprochene.

* **Regen!** Man wollte es gestern nachmittag fast nicht glauben, daß auch uns ein Regen beschert wird, denn der Wettersmann hat uns Karlsruher in letzter Zeit wahrhaftig schon oft genug genarrt. Aber es regnete tatsächlich, allerdings ging es sehr spärlich zu, der Regen reichte gerade aus, um etwas Abkühlung zu bringen und das Gießen der bepflanzten durstigen Gärten zu ersparen. Viele Gartenkolonisten sehen sich in ihrer Hoffnung, daß ein ausgiebiger Regen ihre so mühsame Gartenarbeit begünstigen und den Pflanzen zu einem guten Wachstum verhelfen möge, wieder einmal getäuscht. Hoffentlich hat der Wettersmann bald eine bessere Einsicht und sendet das erwünschte Naß in dem so ersehnten Quantum.

* **Elektromophon.** Mit einer Neuerung auf dem Gebiete des Grammophonbaues machte Mittwoch abend im Hotel Germania die Firma J. Kunz, Pianohaus hier, eine Anzahl Interessenten, Musiker, Künstler und Vertreter der Presse bekannt. Die Einrichtung der bis jetzt bekannten Grammophone ist bekanntlich die, daß nach Aufziehen eines Federwerks die aufgelegte Platte in Bewegung gesetzt und hierauf die Nadel mit Membrane und Schalltrichter aufgesetzt wird. Die neue Erfindung ist nun die, daß der Antrieb der Platte mittels Elektrizität, durch Steckkontakt, der an jede Lichtleitung anzuschließen ist, geschieht und daß weiter nach Ablauf der Platte die Ausschaltung selbsttätig elektrisch auf der letzten Tonrille erfolgt. Der neue Apparat, Elektromophon, hat unzweifelhaft gegenüber den bisherigen Systemen große Vorteile. So ist vor allem das Rattern des Werkes, das so sehr den Genuß stört, ausgeschaltet, der Gang ist fast vollkommen geräuschlos; es gibt keine Tonschwankungen mehr, der Gang ist ein gleichmäßiger, der Ton ist klangvoll und rein. Von diesen Vorzügen konnten sich die Gäste an der Abwicklung eines schönen Programms, in dem sowohl Orchesterstücke zum Vortrag gelangten, wie auch erste Bühnensänger und -Sängerinnen ihre Kunst hören ließen, überzeugen. Durch die Mitwirkung von Frl. E. Beyer und Herrn Tanzmeister Kurt Großkopf, die nach der Musik des Elektromophons einige moderne und modernste Tänze vorführten, erfuhr das schöne Programm eine angenehme Abwechslung und Bereicherung. Die Vertretung für Baden für das Elektromophon hat die Firma J. Kunz hier, Karl Friedrichstraße 21.

* **Auf dem Bauche von Karlsruhe nach Hannover zu Herrn Hindenburg gerutscht** sind sechs Mitglieder des Karlsruher Gesangvereins „Silcherbund" unter Führung ihres Präsidenten Postsekretär Banschbach. Freude- und glückstrahlend teilen die teutschen Sänger dies weltbewegende Ereignis der „Badischen Presse" mit, die natürlich mit breitestem Behagen den bedeutenden Akt bis in die kleinsten Einzelheiten ihrer Leserschaft erzählt. Eine Photographie der sechs Silcherjänger, im Bratenrock, Regenschirm, Zylinderhut, wird demnächst im Schaufenster der „Badischen Presse" ausgehängt werden, daneben der weiße Handschuh des Herrn Banschbach, der in der Hindenburg-Faust gedrückt wurde. (Das Ablecken des Handschuhs kostet 2,50 ℳ, teutsche Sänger die Hälfte.) Der große, „unvergeßliche Augenblick, als die Reckengestalt Hindenburgs unter der Tür seines Arbeitszimmers erschien und die Karlsruher Sänger in liebenswürdige Weise in seinem Heim willkommen hieß", kann leider im Bilde nicht festgehalten werden, da die Silcherianer gegenüber dem gewaltigen Mann so klein wurden, daß sie vollständig in ihre Zugstiefel versanken. Herr Hindenburg entließ die Gäste mit den Worten, „Grüßen Sie das Badener Ländle und Ihr Karlsruhe". Der Ausspruch wird bereits von 32 Komponisten in Musik gesetzt und wird alsbald aus sämtlichen teutschen Silcherkehlen „laut ertönen". — Den Teilnehmern an der herrlichen Sängerfahrt werden die Tage in Hannover unvergeßlich bleiben und der Besuch bei Hindenburg wird zu den schönsten Erinnerungen ihres Lebens zählen — neben der nächsten Teuerungszulage.

= **Wiederaufnahme des gesamten Verkehrs nach der Pfalz.** Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns geschrieben: Das infolge der Entgleisung auf der Eisenbahnbrücke bei Maximiliansau eingetretene Verkehrshindernis ist beseitigt. Der gesamte Verkehr nach der Pfalz über Maximiliansau ist wieder aufgenommen.

□ **Kein Badezug nach Maxau.** Der Verkehrsverein hat sich bemüht, bei der Generaldirektion wegen Einlegung eines Badezuges nach Maxau vorstellig zu werden. Leider kam die Antwort zurück, daß es keinem allgemeinen Bedürfnis entspreche, einen solchen Zug einzulegen.

× **Die Tage nehmen wieder ab.** Man merkt nun schon, daß die Abende länger werden, denn wähend am 1. Juli die Sonne 8.24 unterging, verläßt sie uns am 31. Juli bereits 7.32 Uhr. Die Tageslänge beträgt Mitte Juli noch 16 Stunden wird sich bis Mitte August noch auf 14½ Stunden und Ende August gar nur auf 13¾ Stunden verringern. Die Hausfrau merkt diese „immer mehr zunehmende" Abnahme der Tageslänge auch an der Abnahme ihres Wirtschaftsgeldes, das in den meisten Fällen auch zur Bestreitung der Beleuchtungs- und Heizungsbedürfnisse herhalten muß. Vorläufig tritt allerdings nur die Beleuchtungsfrage in den Vordergrund, denn immer noch ist die blühende goldene Zeit.

* **Preisabbau!** Ein erheblicher Preisabschlag ist auf Brotmehl, Weißmehl und Grieß in der Schweiz eingetreten. Brotmehl kostet künftig pro 100 Kg. 62 statt 70 Frs., Weißmehl und Grieß 77 statt 85 Frs. — Wie ja schon aus den Preisziffern und der Währungsbezeichnung sich ergibt, kann dieses freudige Ereignis nicht aus dem lieben deutschen Vaterlande gemeldet werden, sondern aus der Schweiz. Bei uns bewegt sich bekanntlich die Preisgestaltung in umgekehrter Richtung, wir steigen immer höher!

⊡ **Das Weltkilopaket.** Für Postpakete bis zum Gewicht von 1 Kilogramm nach fast allen Ländern der Welt liegt jetzt der vollständige Tarif nebst einigen nachträglichen Ermäßigungen vor. Die Berechnungen sind nach französischen Franks aufgestellt. Es kostet z. B. eine Sendung auf dem billigsten Wege in deutsche Währung umgerechnet, nach: Argentinien 2.45 Fr. = 24.50 ℳ, Australien 3.20 Fr. = 32 ℳ, Belgien 60 Ct. = 6 ℳ, Brasilien 3.70 ℳ Fr. = 32 ℳ, Bulgarien 1.90 Mr. = 19 ℳ, China 3.20 Fr. = 32 ℳ, Kuba 1.95 Fr. = 19.50 ℳ, Finnland 2.05 Fr. = 20.50 ℳ, Frankreich 60 Ct. = 6 ℳ, Griechenland 2.15 Fr. = 21.50 ℳ, Großbritannien 2.45 Fr. = 24.50 ℳ, Italien 1.75 Fr. = 17.50 ℳ, Japan 2.75 Fr. = 27.50 ℳ, Jugoslavien 1.25 Fr. = 12.50 ℳ, Marokko 1.50 Fr. = 15 ℳ, den Niederlanden 90 Ct. = 9 ℳ, Norwegen 1.50 Fr. = 15 ℳ, Persien 3.20 Fr. = 32 ℳ, Peru 3.55 Fr. = 35.50 ℳ, Portugal 1.45 Fr. = 14.50 ℳ, Schweden 1.60 Fr. = 16 ℳ, Schweiz 70 Ct. = 7 ℳ, Spanien 1.30 Fr. = 13 ℳ, Südwestafrika 3.45 Fr. = 34.50 ℳ, Togo 1.65 Fr. = 16.50 ℳ, der Türkei 1.40 Fr. = 14 ℳ, Tunis 1.50 Fr. = 15 ℳ usw.

b. **Ein Abend in Toledo** nannte sich die gestrige Konzertveranstaltung im Stadtgarten. Man muß es der Stadtgartenkommission lassen, sie weiß das Stadtgartenprogramm abwechslungsreich und interessant zu gestalten: Nach der italienischen Nacht das Rosenfest, die Johannisfeier, das Sommernachtsfest usw. Auch das gestrige billige Konzert zeigte durch den Massenbesuch, daß der Stadtgarten endllich die verdiente Volkstümlichkeit und Anziehungskraft besitzt. Unser Harmonie-Orchester unter Herrn Rudolphs straffer Leitung suchte dem Anstrich des Abends in jeder Beziehung gerecht zu werden und wußte in vorzüglichem spanischem Rhythmus und südländischer Tonfärbung zu musizieren. Der Abend war darum nicht nur ein billiger, sondern auch äußerst genußreicher.

Valuta-Bericht vom 20. Juli

Markkurs in der Schweiz zirka 7.95 Cts. Auszahlung Holland notierte 24.26 ℳ pro holl. Guld. Auszahlung Schweiz notierte 12.66 ℳ pro schweiz. Frs. Auszahlung England notierte 276½ ℳ pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 5.97 ℳ pro franz. Frs. Auszahlung Neuyork notierte 76.75 ℳ pro Dollar.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Karl Frank von Reibsheim, Postkutscher hier, mit Maria Blenk von Rohrbach. Karl Götz von Ottersdorf, Architekt in Freiburg, mit Leonie Heiser von Oerlikon. Otto Lütte von Niederhof, Zollbetriebs-Diätar in Auenheim, mit Anna Gnirß von hier. Adolf Dartsch von Hannau, Färbereibesitzer allda, mit Else Buch von hier. Adolf Ganz von Bietigheim, Druckereiarbeiter allda, mit Emma Stumpf Witwe von Bulach. Emil Sutter von Donaueschingen, Fabrikarb., hier, mit Luise Schillinger vn Schmieheim. Hermann Loesch von Trier, techn. Direktor hier, mit Ilse Sauer von hier. Robert Küster von Wanzleben, Dr. phil. Studienrat in Schwelm, mit Elsa Klett von hier. Friedrich Ruof von Konstanz, Kaufmann in Wiesbaden, mit Gertrude Schlimm von Mannheim. Max Günther von hier, Masch.-Meister hier, mit Wilhelmine Richter von Illingen. Ludwig Braun von Hügelsheim, Kaufmann hier, mit Elisabetha Lochkemper von Frankfurt.

Geburten. Ilse, V. Karl Steinle, Eisenbahn-Inspektor. Leo, V. Emil Bär, Lackier. Margarete Paula Friederike, V. Hch. Henkelmann, Bürogehilfe. Manfred Rudolf, V. Johannes Schwarzer, Redakteur. Adolf und Theodor, Zwillinge, V. Isidor Herzog, Straßenbahnschaffner. Gisela Anna Maria, V. Frdch. Frey, Kaufm. Norbert Josef, V. Oskar Hiller, Uhrenmachermeister. Elfriede, V. Sigmund Wipfler, Eisenb.-Hilfsschaffner. Johann Frdch. Max, V. Max Bassermann, Major a. D. Emmy, V. Hermann Kohn, Handelsmann.

Todesfälle. Arthur Fuchs, Kaufmannslehrling, alt 17 J. Ludwig Rastetter, Landw., Ehemann, alt 44 J. Friederike Lumpp, alt 32 J., Ehefr. von Erw. Lumpp, Schlosser. Hieronimus Butz, Schlosser, Ehemann, alt 40 J.

Letzte Nachrichten

Rhein – Main – Donau-Kanal

WTB. **München**, 20. Juli. Die Gründung einer Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft zum Bau der Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau ist in einer bedeutsamen Sitzung am 19. Juli 1921 in München beschlossen worden. Es wurde ein Gründungsausschuß eingesetzt, der die Statuten der Aktiengesellschaft vorbereiten, ein Projekt ausarbeiten und die weiteren Vorarbeiten für die Gründung der Aktiengesellschaft im einzelnen ausarbeiten soll. Der Gründungsausschuß hat noch am selben Tage seine Arbeiten aufgenommen und in wesentlichen Punkten volle Einmütigkeit erzielt. Wie wir weiter erfahren, ist mit Bestimmtheit zu rechnen, daß das Aktienkapital, auch soweit es vom Privatpublikum aufgebracht wird, in wenigen Wochen voll gezeichnet ist.

Mißhandlung deutscher Eisenbahner

TU. **Berlin**, 20. Juli. Eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Quaatz beschäftigt sich damit, daß in Oberschlesien eine Reihe Eisenbahnangestellter von den Polen mißhandelt und ermordert worden ist und ersucht die Reichsregierung um Auskunft, welche Maßnahmen der Reichsverkehrsminister zum Schutz der Angehörigen seiner Verwaltung und der unglücklichen Hinterbliebenen ergriffen hat.

Die neuen Fernsprechgebühren

TU. **Berlin**, 20. Juli. Im Reichsgesetzblatt wird das neue Fernsprechgebührengesetz veröffentlicht. Es tritt am 1. Oktober ds. Js. in Kraft. Jeder Teilnehmer darf seinen Anschluß bis zum 1. September, zum 30. September, kündigen. Für jeden Fernsprechanschluß wird eine Einrichtungsgebühr, eine Grundgebühr und eine Ortsgesprächsgebühr erhoben. Davon wird die Einrichtungsgebühr als einmaliger Zuschuß von 1000 M für Hauptanschluß und 250 M für Nebenanschluß für Einrichtung der Teilnehmersprechstelle berechnet. Die Hauptgebühr für Ueberlassung und Unterhaltung der Apparate sowie für den Bau und die Instandhaltung der Anschlußleitung beträgt in Netzen mit nicht mehr als 50 Anschlüssen 380 M und in Städten wie Berlin mit 200 000 Ortsanschlüssen erreicht sie einen Betrag von 750 M. Dazu kommt noch die Gesprächsgebühr für die Herstellung der Gesprächsverbindungen im Ortsverkehr mit 25 ₰ für jedes Gespräch; 40 Gespräche sind auf alle Fälle im Monat zu bezahlen. Für falsche Verbindungen wird im Ortsnetz mit nicht mehr als 3000 Anschlüssen 3 Prozent, mit 4000 Anschlüssen 4 Prozent und 5000 Anschlüssen und darüber 5 Prozent abgerechnet.

Ausweisung eines franz. Journalisten

TU. **Paris**, 20. Juli. Der bekannte Journalist Charles Bonnefol, der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Deutschland, ist von der deutschen Regierung wegen seinen die Deutschen beleidigenden Artikeln ausgewiesen worden. Die Ausweisung soll auf Grund einer Fürsprache suspendiert worden sein, wenn auch nur bedingt.

Lloyd George geht nach Washington

TU. **Paris**, 20. Juli. Die „Daily Mail" versichert, daß Lloyd George entschlossen sei, nach **Amerika** zu gehen, um an der **Washingtoner Konferenz** teilzunehmen. Chamberlain wird ihn in London vertreten. Die Frage hängt aber mit dem Erfolg der Friedensverhandlungen in Irland zusammen.

Einführung der Polygamie in Rumänien?

TU. **Bukarest**, 20. Juli. Eine halboffiziöse Zeitung berichtet, daß in der nächsten Kammersitzung mehrere Abgeordnete einen Gesetzentwurf einreichen werden, zu gestatten, **zwei gesetzliche Frauen** zu halten. Während des Krieges hatte der **Kronprinz von Rumänien** die **Hofdame** der **Königin geheiratet**. Später mußte er zum **zweiten Mal heiraten**, und zwar die **britische Prinzessin Helena**. Diese zweite Ehe wurde durch ein Gesetz sanktioniert. Diese Doppelehe ist der Ausganspunkt der Bewegung zur Einführung der Doppelehe geworden.

Zusammenstöße zwischen Studenten und Kommunisten

TU. **Rostock**, 20. Juli. Zu einem Zwischenfall kam es gestern abend in der Turnhalle, wo Prof. Staller-Berlin über die deutsche Flagge und die deutschen Farben sprach. Nach dem Vortrag entfalteten die Kommunisten nach einer Rede ihres Genossen Jungblut die rote Fahne und griffen die Studenten an, von denen mehrere verletzt wurden, einer erlitt eine Kopfverletzung. Die Polizei machte keine Miene zum energischen Eingreifen.

Abgeschobene Kommunisten?

TU. **Reval**, 20. Juli. Die Vertreter der deutschen Kommunisten- und Arbeiterpartei wurden bei der Kongreßtagung der 3. Internationale aus der Sitzung entfernt, in die Bahn gesetzt und unter Bewachung abgeschoben.

Versenkung des deutschen Kreuzers Frankfurt

TU. **London**, 21. Juli. Nachdem den ganzen Tag Heeres- und Marineflugzeuge den ehemaligen deutschen Kreuzer Frankfurt mit Bomben beworfen haben, ist es schließlich, meist durch Zufall, gelungen, das Schiff zu vernichten. Eine 600 Pfund schwere Bombe explodierte in der Nähe des Schiffes im Wasser, wodurch das Schiff kenterte. Im ganzen wurde die Frankfurt 11 Mal getroffen, davon 5 Mal von Blindgängern. Man hatte bereits beschlossen, Torpedojäger auszuschicken, um das Schiff in den Grund zu bohren.

Mehr Schiffsraum als vor dem Kriege

WTB. **London**, 20. Juli. Der neuen Ausgabe des Lloyd Schiffahrtsregisters zufolge beträgt die Gesamttonnage der Welt etwa 50 Millionen Tonnen und übersteigt somit den Stand von 1914 um mehr als 1 Million Tonnen. Der Unterschied ist hauptsächlich auf die 10 Millionen Tonnen Schiffsraum zurückzuführen, den die Vereinigten Staaten unmittelbar nach dem Kriege gebaut haben. Japan und Holland haben ihre Flotte wesentlich vermindert. Die englische Flotte übersteigt den Stand von 1914 nur um einige Hunderttausend Tonnen.

Brennende Wälder — brennende Kornfelder

Eine der traurigsten Erscheinungen dieses abnorm heißen Sommers sind die **vielen Waldbrände**. Auch im **Taunus** und in den Wäldern des **Spessarts** und der **Rhön** sind in letzter Zeit **schwere Schäden durch Waldbrände** entstanden, bei **Koblenz**, an der **Mosel**, bei **Traisa** im **Odenwald** und bei **Obermossau** sind **herrliche Waldungen in Flammen aufgegangen**. Die Brände greifen jedoch auch auf die **Kornfelder** über, eine selten beobachtete Erscheinung, die leider **in diesem Sommer häufiger zu verzeichnen ist**. Jedes **achtlos weggeworfene, glimmende Streichholz** kann bei der **furchtbaren Trockenheit ungeheuren Schaden** anrichten. Viele Brände werden auch durch **Funkenwurf der Lokomotiven** verursacht.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Juli 1921

Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht: Fortdauernd heiß, abgesehen von einzelnen Gewittern, trocken.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 130, gest. 5 Ztm. Kehl 218, gest. 8 Ztm. Maxau 369, gest. 6 Ztm. Mannheim 245, gest. 7 Ztm.

Briefkasten der Redaktion

H. Wenden Sie sich an das amerikanische Konsulat in Mannheim, wo Sie alles nähere erfahren werden.

Nach Oberkirch. Einverstanden. Schlagen Sie, bitte, dann rechtzeitig den Termin für die Versammlungen in Oberkirch und Oppenau vor. G. Sch.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen Mk. 1.20 die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen Mk. 1.50 die Zeile

(Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Kehl. (Arbeiter-Radfahrerverein Frischauf.) Am Samstag, den 23. Juli, findet eine **wichtige Mitgliederversammlung** in der Vereinigung statt. Anfang 8½ Uhr abends. Der Wichtigkeit halber muß alles erscheinen. 5265 Der Vorstand.

Sparen — das Gebot der Stunde

Enorm viel Geld sparen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in **Lederwaren** in dem Etagengeschäft des 5262

Offenbacher Lederwaren-Vertrieb

Karlsruhe, nur **Kaiserallee 50, I.** Ecke Händelstr.,

eindecken. Durch meinen direkten Einkauf bei den leistungsfähigsten Fabriken Offenbachs unter Ausscheidung jedes Zwischenhandels biete ich Ihnen gewaltige Vorteile beim Einkauf von

Damentaschen :·: Aktenmappen

Besuchstaschen, Colleg- u. Musikmappen, Brieftaschen etc.

Da ich nur angeführte Artikel vertreibe, biete Ihnen darin eine solch vielseitige und riesige Auswahl, die von keiner Seite überboten wird. Da ich keine Ladenmiete, keine Schaufenster-, keine Personal-Spesen habe und meine Ware direkt aus ersten Fabriken beziehe, sind meine Preise so ausserordentlich billig, dass sich jede Dame wieder eine elegante Tasche aus echtem Leder in bester Verarbeitung zulegen kann.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Jeder Besuch macht sich gut bezahlt. :: Händler erhalten Rabatt.

Sängerbund „Vorwärts" Durlach.

Unser diesjähriger

Vereinsausflug

findet nunmehr am **Samstag, den 23. Juli** nach B.-Baden-Gernsbach statt. Abfahrt **punkt 2⁴⁰ Uhr** vom Bahnhof Durlach.

Hierzu laden wir unsere werten passiven u. aktiven Mitglieder nebst Angehörigen saugesfreundlich ein. **Der Vorstand.**

NB. Für solche die Sonntags früh fahren, Zusammenkunft pünktlich 4 Uhr am „Karlsruher Hof". 5269

KURT HEINIG:

Die große Ausrede von der erdolchten Front

Erdrückendes Material von Dokumenten, Zahlen u. Pressäußerungen zur Abwehr der niederträchtigen Verleumdung. Ihre eigene Presse entlarvt die Geschichtsfälscher als die eigentlichen Ironimeuchler

Preis 2 Mark und 20% Teuerungszuschlag

Porto 20 Pfennig

Volksbuchhandlung

Karlsruhe, Adlerstr. 16

Tages-Ordnung

zu der am **Dienstag, den 26. Juli 1921, vormittags 8 Uhr**, im Bezirksratssaal in Karlsruhe stattfindenden Bezirksratssitzung.

I. Oeffentliche Sitzung

Verwaltungssachen.

1. Gesuch des Karl Häußermann hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „Zur fröhlichen Pfalz" in dem Hause Sofienstraße 81 hier.
2. Gesuch des Ludwig Scheider hier um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession „Zum Hecht" nach dem Hause Gottesauerstr. 27 hier, „Zum Saalbau".
3. Gesuch des Otto Michel hier um Erlaubnis zum Betrieb eines Konditorei-Kaffees in dem Hause Kaiserstr. 25 hier (ehem. Metropol).
4. Gesuch der Luise Reichert hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „Zum Neuhof" in dem Hause Durmersheimerstraße 207 in Daxlanden.
5. Gesuch des Johann Rüter hier um Erlaubnis zum Ausschank von Weinen und Spirituosen im Kaffee Röderer, Zähringerstr. 19 hier.
6. Gesuch des Johann Mack in Daxlanden um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „Zur „Sonne" in Daxlanden.
7. Gesuch des Karl Scherle hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „Zur schwed. Krone" in dem Hause Zähringerstr. 92 hier.
8. Gesuch des F.-C. Allemannia-Eggenstein um Erlaubnis zum Betrieb der Wirtschaft auf seinem Sportplatz.
9. Gesuch des Wilh. Fr. Kiefer in Knielingen um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession von der „Rheinlust" in Maxau nach der Schankwirtschaft mit Branntweinausschank „Zum Kaiser Friedrich" in Knielingen.
10. Gesuch des Robert Müller in Leopoldshafen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur goldenen Krone" in Leopoldshafen.
11. Gesuch des Emil Hauf in Leopoldshafen um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession von der „Goldenen Krone" zu der Realgastwirtschaft „Zum goldenen Adler" in Leopoldshafen.
12. Gesuch des Wilhelm Zoberst in Maxau um Erlaubnis zum Betrieb der Wirtschaft „Zur Rheinlust" in Maxau — Schankwirtschaft mit Branntweinschank.
13. Baufluchtenfestsetzung am Hirtenweg in Rintheim.
14. Beschwerde des Georg Fenzel hier gegen den Ablehnungsbescheid wegen Erstellung einer Abortanlage im Hause Schillerstr. 24 betr.
15. Gesuch der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe um bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Erstellung einer Lokomotiv-Montierungshalle auf dem Anwesen Wattstraße 1 dahier.
16. Gesuch der Maschinenfabrik Oskar Sichtig u. Cie. hier um bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Erweiterung der Werkstätte und Erstellung von Aufbauten im Fabrikanwesen südl. Uferstr. 3 dahier.
17. Gesuch des Moses Weißmann hier um Erlaubnis zur Lagerung von Lumpen im Anwesen Sedanstraße 8 hier.
18. Gesuch der Firma Kleiner u. Stechler hier um Erlaubnis zur Lagerung von Lumpen im Anwesen Rüppurrerstraße 92 hier.
19. Gesuch der Firma Gebrüder Heß hier um Erlaubnis zur Lagerung von Lumpen in dem Anwesen Kapellenstraße 22 hier.

II. Nichtöffentliche Sitzung

20. Erhöhung der Gebühren der Beamten der Ortsviehversicherungsanstalt Welschneureut.
21. Abhör einiger Gemeinderechnungen.

Die Akten liegen 3 Tage vor dem Sitzungstage in der Kanzlei des Bezirksamtes zur Einsichtnahme auf. O.-Z. 105

Karlsruhe, 20. Juli 1921. 1668

Bad. Bezirksamt I.

Durlacher Anzeigen.

Brot-Versorgung im Erntejahr 1921/22.

Zur Feststellung der Zahl der Selbstversorger und der Versorgungsberechtigten im neuen Erntejahr haben die hiesigen Einwohner eine Erklärung darüber abzugeben, ob sie im Erntejahr 1921/22 Brotfrucht angebaut haben, oder nicht. Diese Erklärung muß bei der nächsten Brotkartenausgabe abgegeben werden. Es ist zu diesem Zweck zur Empfangnahme der Brotkarten ein erwachsenes Familienmitglied zu bestimmen, das genauen Aufschluß zu geben vermag. 1665

Durlach, den 19. Juli 1921.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Ausgabe der Karten für den Brot- und Mehlbezug, sowie der Kochmehlkarten.

Die Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. Juli bis 25. August ds. Js., sowie der Kochmehlkarten findet in folgender Weise statt:

am Samstag, den 24. Juli 1921

vormittags von 9—1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

A bis mit F

nachmittags von 2—6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

G, H und K

Am Montag, den 26. Juli 1921

vormittags von 9—1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

L bis mit R und Z

nachmittags von 2—6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

S, Sch bis mit W

Jede Familie hat zwecks Empfangnahme der neuen Scheine den Lebensmittelausweis unbedingt mitzubringen. 1666

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien, zu der für den betr. Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zustehenden Scheine am Ausgabetage nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotmarken abgezogen.

Durlach, 19. Juli 1921.

Kommunal-Verband Durlach-Stadt.

Bad. Landesmuseum (Schloß).

Allgemeine **Eröffnung** von Sonntag, den 24. Juli ab. **Täglich zugänglich** (außer Montag — Hauptreinigung —, Donnerstag — Unterrichtstag für Studierende — und den Hauptfesttagen) **von 11—1 und 3—5 für eine Mark pro Person**; für auswärtige Besucher außerhalb der Besuchszeiten gegen Gebühr von 5 Mk. 1667

Die Sonderbestimmungen mit freiem Eintritt u. a. für Einzelpersonen (Künstler und Studierende) und sämtliche Schulen des Landes werden durch den Anschlag am Schloßportal und sonstwie bekannt gemacht. **Die Direktion.**

„WURM-SCHOKOLADE „MEHO" das sicher wirkende Mittel gegen **MADEN** und **SPULWÜRMER** zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Sozialdemokratische Partei

4. Landtagswahlkreis.

Sonntag, den 31. Juli 1921, vormittags 9 Uhr, im „Rundinger" in **Offenburg**

Wahlkreis-Konferenz.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Wahl des Vororts und der Kreisleitung.
3. Stellungnahme zum deutschen Parteitag und Wahl des Delegierten.
4. Wahl eines Unterausschusses für Arbeiterwohlfahrtspflege.
5. Landtagswahlen.

Zu dieser Konferenz bitten wir die Wahl der Delegierten nach § 9 des Organisationsstatuts vorzunehmen und erwarten einen zahlreichen Besuch.

Die Kreisleitung.

5238 J. A.: J. Winter.

Reisekoffer
Reisehandtaschen
Damentaschen
Besuchstaschen
Aktenmappen
sowie
sonstige **Lederwaren**

B. Klotter Nachf.

Inh.: G. Dischinger
Spezial-Geschäft
für Reiseartikel und Lederwaren
Eigene Werkstätte 3173
Telefon 2618 Karlsruhe Kronenstr. 25.

Diplome, Eichenkränze
Festabzeichen,
Lose, Tanzabzeichen, Eintrittskarten etc.
Bernhard Müller, Papierhandlung 3750
Telephon 5366 **Karlsruhe** Kaiserstr. 235

---

4 Reste-Tage!

Donnerstag + Freitag + Samstag + Montag

Die während des Saison-Ausverkaufs angesammelten **Reste und Restabschnitte** gelangen zu nochmals bedeutend herabgesetzten Preisen im Lichthof zum Verkauf

Waschstoffe + Kleiderstoffe + Blusenstoffe + Weisswaren

KNOPF,

Bad. Rote-Kreuz-Geld-Lotterie
Ziehung 29. Juli 1921
2723 Geldgewinne Mk.
37000
20000
15000
Losspreis Mk. 2.40, Porto u. Liste Mk. 1.20 empfiehlt
Lott.-Unternehmer
J. Stürmer
Mannheim O 7, 11
Carl Götz, Karlsruhe
und alle Lotterie-Geschäfte
Postscheck-Konto Karlsruhe
17043

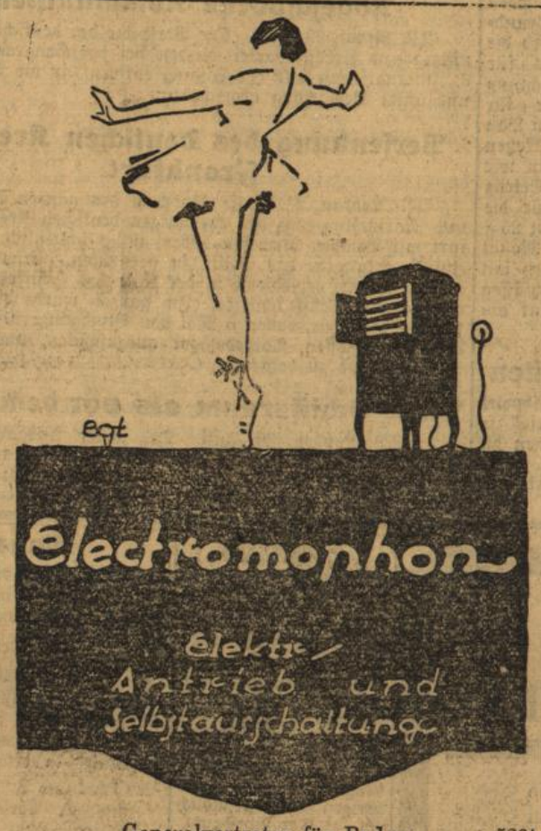
Betriebsräte-Schule!
Schriftliche Lehrkurse in praktischer Anordnung. Gleichzeitig Nachschlage- und Auskunftswerk. Keine besonderen Vorkenntnisse erforderlich. Verlangen Sie ausführlichen Prospekt von Partei-Buchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16.

Die weltberühmten Passionsspiele Freiburg i. Br.
Auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter breit, 100 Meter tief. Unter Leitung u. und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Gebr. Adolf u. Georg Faßnacht, unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes.
Spieltage vom 16. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. Anfang 1½ Uhr, Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Chöre, Orchester, Orgel. 9000 Plätze. 5142
Prosp. kostenlos durch **B. Gotthart, Freiburg i. B.** Kaiserstr. 132, Fernruf 879.
Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung.

Günstiges Angebot!
Ein Posten **Kleiderstoffe** per Mtr. Mk. **15.00**
Ein Posten **weiße Hemdenflanelle** per Meter Mk. **9.50**
Ein Posten **Schürzenzeuge** per Mtr. Mk. **14.00**
Grosse Auswahl in weiss Cretonnes, weiss Halb- und Reinleinen, weisse und bordeaux Bettdamaste, Bettbarchente, Matratzendrelle, Schlafdecken.
Lagerbesuch für Jedermann lohnend.
Arthur Baer
Kaiserstrasse 133, eine Treppe hoch
Eingang Kreuzstrasse. 5240

Städt. Konzerthaus
Donnerstag, d. 21. Juli
7 bis geg. 10 Uhr ℳ 12.20
Die Frau i. Hermelin

Kragen
-Wäscherei Schorpp
liefert schnellstens
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstraße 8
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstraße 46
Amalienstraße 15
Waldstraße 64
Wilhelmstraße 32
Augustastraße 13
Schillerstraße 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach: 3478
Hauptstraße 15.



Generalvertreter für Baden: 5261
J. Kunz, Piano-Haus
Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 21. — Telephon 2713. —

Verloren
eine Korallen-Brosche, auf dem Wege Baumeisterstraße—Wilhelmstraße bis zum Werderplatz. Gegen gute Belohnung abzugeb.
Rotwacks-Anlage 2 1

Sängerbund Vorwärts B 90 Karlsruhe
Die Ankunft der Heilbronner Sänger vom **Gesang-Verein Hoffnung Heilbronn** erfolgt **Samstag nachm. 4.50 Uhr Hauptbahnhof.** Unsere Mitglieder werden ersucht, sich am Empfang zahlreich zu beteiligen.
Zu dem **abends ½9 Uhr** stattfindenden
Fest-Bankett
im **Kolosseum** können in Anbetracht der beschränkten Raumverhältnisse **nur** Mitglieder und deren Familienangehörige gegen Vorzeigung der Legitimationskarte oder des Mitgliedbuchs zugelassen werden.
Im übrigen verweisen wir auf das den Mitgliedern zugestellte Rundschreiben und ersuchen um zahlreiche Beteiligung an den dort zu Ehren unserer Gäste aufgeführten Veranstaltungen. **Die Verwaltung.**
NB. Für die Teilnehmer am **Ausflug nach Durlach-Turmberg** stehen Sonntag nachmittag punkt 2 Uhr vor dem „Grünwald" 9 Straßenbahnwagen zur Verfügung. 5266

Gem. Chor Bruderbund Karlsruhe-Mühlburg
Sonntag, 24. Juli nachm. ½6 Uhr im kleinen Saale des **„Kühlen Krug"**
Halbjährliche General-Versammlung
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.
Anträge wollen bis spätestens Samstag abend im Lokal abgegeben sein.
Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein im Lokal. 5268
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Stroh-Hüte
größte Auswahl — billigste Preise
Theod. Zenker
61 Kaiserstrasse 61
gegenüber der Hochschule. 3546

Drilch-Anzüge und **feldgraue Hosen**
in allen Größen offeriert billigst 5093
Weintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Baubund-Möbel
Verkauf gegen Barzahlung
Wohn- u. Speisezimmer · Schlaf-Zimmer · Herren-Zimmer · Küchen
in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt
Verkauf gegen Teilzahlung
bei der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22.
Eckhaus Rondellplatz, Fernsprecher 5157. 3090
Tägl. geöffnet: vormittags 8—12, nachmittags 2—6 Uhr.

Achtung! Achtung!
Männer und Frauen, Hand- und Kopfarbeiter und Arbeitslose!
Am **Freitag, den 22. Juli, nachmittags 5 Uhr,** findet im Saale des **„Kolosseum", Waldstraße,** eine
Oeffentliche Volks-Versammlung
mit folgender Tagesordnung statt:
„Wie helfen wir den Arbeitslosen."
Kollegen, Kolleginnen und Arbeitslose! Die Frage die zur Behandlung steht ist derart wichtig, daß die Versammlung von allen Arbeitenden und Arbeitslosen besucht werden muß; denn keiner von uns weiß, ob er nicht am andern Tag in das Heer der Arbeitslosen hineingezogen wird. Das Unternehmertum ist derart brutal und frech, daß zur geschlossenen Abwehr-Aktion geschritten werden muß.
Arbeitende, Hand- und Kopfarbeiter, Arbeitslose, sorgt für einen Massenbesuch. 5167
Betriebsräte und Gewerkschaftsfraktion der Vereinigten kommunistischen Partei.

Sung!
Ich empfehle als besonders preiswert:
Touristenstiefel, schwarz und farbig . . . . von **150** ℳ an
Herrenstiefel schwarz „ **85** „ an
Männer-Werktagsschuhe . . . . . „ **98** „ an
Damenstiefel Rindbox „ **100** „ an
Damen-Halbschuhe für Sonntag . . . . „ **69** „ an
Hausschuhe mit Altledersohlen Gr. 36—42 „ **7.55** „ an
Billige Sandalen, schwarz
Gr. 26—30 **22** ℳ, 31—35 **27** ℳ
36—40 **45** ℳ, 41—46 **38** ℳ
Spangenschuhe aus Leder
Grösse 21 **10** ℳ, 25—28 **14** ℳ
29—32 **16** ℳ, 33—35 **18** ℳ
Große Auswahl
Billige Preise.
Schuhhaus Badenia
Karlsruhe, Kriegstraße 74
Inh. **W. Hacker.**

Tüchtige
Schreiner
für Bau- und Möbelarbeiten gesucht von
Billing & Zoller
A.-G. 5253
Karlsruhe.

Vertiko, pol. nußbaum 600 Mk., pol. Kleidersch. 1.30 m br. 780 Mk., neu, z. verk. **Durlach,** Mittelstr. 12, Schreinerei.

Säcke
Prima, neue Jutesäcke, 1½ und 2 Zentner fassend, mit blauen Streifen, für Mehl und Getreide, wie auch verschiedene Sorten gebrauchter Säcke sind stets zu haben bei
H. Leiner,
Sack-Großhandlung,
Schützenstraße 59
Telefon 3628 3121
Billigste Bezugsquelle für Wieder-Verkäufer

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
sucht
Aushilfskellnerinnen
für Sonntags. 1669
Fachabteilung für das Wirtsgewerbe
Zähringerstr. 98, Tel. 5270.
Geöffnet Samstags von ½9—4½ Uhr
„ Sonntags „ 10—12 Uhr.

Höchste Preise
für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen 2c. 2c.
zahlt stets **S. Axelrad**
Telefon 3980 5051
Essenweinstr. 32, 2. St.

Bilder
mit Rahmen, große Auswahl, billigst. 4632
Schläfers Kunsthandlg.,
Kaiserstraße 38.

In einer Stunde vertilg. Sie unt. **Garantie** Kopf-, Filz- u. Kleider-
Läuse i. Brut (Nissen), Flöhe bei Mensch. u. Tieren **„Kampolda"** pat. gesch. Mitt. Wunden unschädl. Nichterfolg Geld zur. Nur echt in Pack. von der **Ungeziefer-Vertilg.-Anstalt Essen** Für 3 Person. ausreichend. Obiges Mittel empfiehlt Friseur **E. Hollstein,** Herrenstraße 6. 1188